

Der KÄMPFER

SOZIALISTISCHE

ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

1934 - 1945



Nr. 5/6

Mai/Juni 1957

1 Schilling

Adolf Schärf gewählt

Eine Wahlbewegung von stärkster Intensität liegt hinter uns. Das Einlangen der Berichte am Abend des 5. Mai ergab ein dramatisches Bild der Verhältnisse in unserem Lande. Jeder der 25 Wahlkreise brachte ein Ergebnis, das günstiger für Schärf war, als man erwarten konnte. Und doch war die Mehrheit für Denk noch positiv, als alle Wahlkreise bis auf vier gemeldet hatten. Dann aber kamen die großen Wiener Arbeiterbezirke Favoriten, Ottakring, Floridsdorf und dazu die Obersteiermark. Und auf einmal war die Mehrheit von 100.000 Stimmen für Schärf da. Es mutete uns fast symbolisch an, daß die Arbeiter jener Bezirke, die 1934 mit dem Einsatz ihres Lebens versucht hatten, Demokratie und Republik in Österreich zu retten, jetzt mit dem Stimmzettel den Ausschlag gaben. Wir danken ihnen und allen unseren Freunden und Mitkämpfern für ihren unermüdlichen Eifer in dieser harten Auseinandersetzung. Wir danken aber auch den vielen Kameraden aus anderen Lagern, denen, die mit uns zusammen in den Konzentrationslagern und Kerkern am eigenen Leib gespürt haben, was der Verlust der Freiheit für ein Volk und für jeden einzelnen bedeutet. Wir danken den zahllosen kommunistischen Kameraden und ebenso den vielen Kameraden aus dem katholischen Lager, die uns geholfen haben, die Gefahr eines neuen 1934 und eines neuen 1938 zu bannen und drohendes Unheil von unserer Republik fernzuhalten. Von den Erfahrungen der letzten Wochen ausgehend, hoffen wir, daß es uns gelingen wird, sie alle davon zu überzeugen, daß ihr Platz nicht nur vorübergehend an unserer Seite sein kann, sondern daß es möglich und notwendig ist, sich dauernd einzureihen in die Armee der Kämpfer für die Freiheit, in die große sozialistische Bewegung unserer Republik.

Der große österreichische Arbeiterdichter Josef Luitpold hat am Vorabend der Wahl gesagt: „Der morgige Tag ist ein Tag von historischer Bedeutung. Die Entscheidung, ob Adolf Schärf gewählt wird oder nicht, ist nicht so sehr wichtig für die Arbeiter als für das österreichische Bürgertum. Wenn Schärf nicht gewählt wird, so bedeutet das für die Arbeiter einen Rückschlag auf einem Wege, der sie über Rückschläge hinweg doch immer wieder weitergebracht hat und weiterbringen wird. Siegt aber Schärf, dann hat die Reaktion in Österreich die letzte Chance verloren, in diesem Lande je wieder zur Alleinherrschaft zu kommen. Schärf's Niederlage wäre für die Arbeiterbewegung überaus schmerzlich, Schärf's Sieg aber bedeutet für das Bürgertum das Ende einer Epoche und damit für Österreich den Beginn einer neuen Zeitperiode.“ Die reaktionären Urlaute, mit denen maßgebende Kreise der ÖVP das Ergebnis der Wahlen beantwortet haben, beweisen uns, wie richtig der Dichter die Dinge gesehen hat. Damit ist für uns der Weg frei:

Für ein schöneres, glücklicheres Österreich!

1907 1957

50 Jahre allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht in Österreich

Als in den Revolutionstagen des Jahres 1848 die Arbeiter Österreichs erstmalig die politische Tribüne betreten und die zurückgedrängte Reaktion dem Ruf nach Konstitution Rechnung trug, wurde die Forderung erhoben, daß die Wahlen zum verfassunggebenden Reichstag auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes erfolgen sollen.

Das Bürgertum war von dieser Forderung nicht begeistert, und es bedurfte erst lauter Demonstrationen, um dieses Verlangen in die Tat umzusetzen. Die Reaktion siegte, das Parlament wurde ausgeschaltet und der Absolutismus herrschte wieder in Österreich; bis nach der Schlacht bei Solferino im Jahre 1859 eine Änderung in der politischen Staatsführung eintrat.

Seit der Februarverfassung von 1861, durch die Österreich neuerlich ein konstitutioneller Staat geworden war, gab es wieder Reichsratswahlen, allerdings nicht auf allgemeiner Grundlage. Nur Privilegierte (Großgrundbesitzer, reiche Bürger und Bauern) durften wählen. Die große Masse der Industriearbeiter hatte kein Wahlrecht, weil es von entsprechend hoher, direkter Steuerleistung abhängig war.

Wie sah also damals das Abgeordnetenhaus aus? Es entsandten Abgeordnete:

545 Handelskammermitglieder	21
4.768 Großgrundbesitzer	85
191.993 städtische Wähler	116
1.088.457 Landgemeindewähler	131

In der Städte- und Landgemeindegewalt konnten nur Personen wählen, welche entweder eine Grundsteuer oder eine sonstige Steuer im Mindestbetrage von fünf Gulden (zehn Kronen) leisteten.

Von Delegierten einer gewaltigen Arbeiterdemonstration wurde der Regierung im Jahre 1869 eine Petition überreicht, in der unter anderem das gleiche, allgemeine und direkte Wahlrecht für das Abgeordnetenhaus verlangt wurde. Die Folgekündigung war der bekannte Hochverratsprozeß für die Führer der Bewegung, der viele Jahre Kerkerstrafen brachte. Alle anderen späteren Versuche, das Wahlrecht zu erweitern, blieben ergebnislos. In den Reihen der organisierten Arbeiterschaft trat eine Spaltung ein, die bis zum Einigungsparteitag Ende 1888 währte und die Arbeiterschaft in „Radikale“ und „Gemäßigte“ teilte. Während

die eine Gruppe das Wahlrecht und den Parlamentsterrorismus ablehnte, wollte die andere mit Gewalt eine Änderung der Gesellschaftsordnung herbeiführen.

Auf dem Hainfelder Parteitag selbst wurde in der Prinzipienklärung mit Rücksicht auf die Stimmung unter den Radikalen, sehr schüchtern die Forderung nach dem allgemeinen Wahlrecht erhoben. Der Punkt 3 dieser Erklärung lautete:

„Ohne sich über den Wert des Parlamentarismus, einer Form der modernen Klassenherrschaft, irgendwie zu täuschen, wird sie (die Partei) das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für alle Vertretungskörper mit Diätenbezug anstreben, als eines der wichtigsten Mittel der Agitation und Organisation.“

Aber mit der Erstarkung der Partei wurde bald der Ruf nach dem allgemeinen Wahlrecht stärker, und schon die gewaltige Demonstration am 1. Mai des Jahres 1890 stand im Zeichen des Wahlrechtskampfes.

Immer stürmischer wurde der Ruf: „Keine Ruhe in Österreich ohne Einführung des allgemeinen Wahlrechtes!“ Wohl unterstützten einige demokratische Abgeordnete die Forderung nach dem allgemeinen Wahlrecht und brachten auch im Abgeordnetenhaus Wahlreformanträge ein; die Nutznießer des privilegierten Wahlrechtes und die Regierung lehnten alle Anträge ab.

In diese Lage kam durch die Wahlrechtsreform Taaffes im Herbst 1893 plötzlich Bewegung. Für den 10. Oktober waren die beiden Häuser des Reichsrates einberufen worden, um nach halbjähriger Pause ihre Tätigkeit wieder aufzunehmen. Nachdem in der Sitzung des Abgeordnetenhauses der Kriegsminister eine Militärvorlage begründet und der Finanzminister sein Budgetexposé gehalten hatte, meldete sich Ministerpräsident Graf Eduard Taaffe zu Wort. Das Haus war überrascht, denn nicht einmal die Führer der Regierungsparteien, mit denen kurz vorher über die Arbeiten der bevorstehenden Session verhandelt worden war, hatten Kenntnis davon, daß und worüber der Regierungschef zu sprechen beabsichtige. Die Überraschung steigerte sich zu allgemeiner Verblüffung, als Taaffe ohne jede Einleitung in einer ganz kurzen Rede dem Hause mitteilte, die Regierung sei nach eingehenden Erwägungen und Beratungen zur Überzeugung gelangt, daß es notwendig sei, die Erörterung der Frage der

Wahlrechtsreform nicht weiter aufzuschieben. Sie lege demnach einen Gesetzentwurf, betreffend die Ergänzung beziehungsweise Abänderung der Reichsratswahlordnung, zur verfassungsmäßigen Behandlung vor.

Die überwiegende Mehrheit — Liberale, Polen und Klerikale — war gegen jede wirkliche Wahlreform und Taaffe demissionierte. — Im Jahre 1896 wurden unter Badeni die vier Kurien um eine „allgemeine“ Kurie erweitert, der 72 Mandate zugestanden waren. Alle männlichen Staatsbürger erhielten in dieser Kurie das Wahlrecht. Bei den im Jahre 1897 stattgefundenen ersten Wahlen in die allgemeine Kurie wurden 14 Sozialdemokraten gewählt; in Wien und Niederösterreich unterlagen unsere Kandidaten. Der Kampf um das gleiche Wahlrecht ging weiter. Erst im Jahre 1905 wurde in einem einzig dastehenden Kampf endlich das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht erobert.

Vom 30. Oktober bis zum 2. November tagte im Favoritner Arbeiterheim der Gesamtparteitag der österreichischen Sozialdemokratie. Der Kampfgeist der österreichischen Arbeiter war schon vor Beginn des Parteitages auf das äußerste gesteigert. Als auf dem Parteitag der Kampf um das Wahlrecht zur Sprache kam und Genosse Dr. Ellenbogen das Referat hierüber erstattete, langten zwei Nachrichten ein, die alarmierend wirkten: Kaiser Franz Josef I., der ja gleichzeitig König von Ungarn war, beauftragte seinen ungarischen Ministerpräsidenten, dem ungarischen Reichstag einen Gesetzentwurf über die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes in Ungarn vorzulegen, und Zar Nikolaus von Rußland versprach dem russischen Volk in einem Manifest das Ende des Absolutismus und die Schaffung einer Konstitution.

Nun gab es für den Parteitag keine Diskussionen mehr! Er gab das Signal zum Kampf für das gleiche Wahlrecht und forderte die Arbeiter auf, den politischen Massenstreik vorzubereiten, um die herrschenden Klassen zu zwingen, die politische Rechtsgleichheit zu verwirklichen.

Schon während der Tagung des Parteitages erschienen die Arbeiter Wiens auf der

Straße, um, jubelnd über den Sieg der russischen Brüder, ihr volles Bürgerrecht zu fordern. Das Manifest, das der Parteitag beschlossen hatte, rief die Arbeiter aller Städte und Industriegebiete zum Kampf auf, und überall folgte die Arbeiterschaft dem Ruf ihrer Vertrauensmänner. Vergebens versuchten die Herrschenden, die Arbeiterschaft mit brutaler Gewalt einzuschüchtern. Auf das Blutbad in der Babenbergerstraße am 2. November antworteten die Arbeiter Wiens mit der gewaltigen Demonstration am 5. November: Die rote Fahne des Proletariats flatterte zum erstenmal von den Masten des Parlamentsgebäudes. Und gleichzeitig erhoben sich auch die Arbeiter in der Provinz. Unsere tschechischen und südslawischen, polnischen und ruthenischen, italienischen und rumänischen Genossen kämpften Schulter an Schulter mit dem deutschen Proletariat. Die Bewegung, die sowohl die Schlagfertigkeit, aber auch die selbstaufgelegte, freiwillige Disziplin des proletarischen Heeres den erschreckten Gegnern so anschaulich bewies, erreichte ihren Höhepunkt in der gewaltigen Kundgebung des Volkswillens am 28. November: In ganz Österreich ruhte an diesem Tag die Arbeit. Überall zogen die Arbeiter mit ihren roten Fahnen auf die Straße, um ihr politisches Recht zu fordern. In Wien waren es 250.000 arbeitende Männer und Frauen, die schweigend an dem Haus vorbeizogen, in dem die Vertreter der privilegierten Klassen ihre Gesetze machten. Volle vier Stunden währte der Zug — die gewaltigste Demonstration, die Europa je gesehen hatte.

Noch gab es viele Schwierigkeiten zu überwinden, und alle Vorbereitungen für einen eventuellen Generalstreik wurden getroffen. Endlich, am 1. Dezember 1906, wurde die Wahlreform im Abgeordnetenhaus beschlossen. Nun setzten die Gegner ihre Hoffnungen auf das Herrenhaus, und abermals mußte mit den schärfsten Mitteln des Klassenkampfes gedroht werden. Am 21. Dezember 1906 wurde dann auch im Herrenhaus die Reform beschlossen.

Im Mai 1907 fanden endlich die ersten Wahlen auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes statt. Die damals noch geeinte Partei errang 87 Mandate.

Wir müssen viel vergessen, denn wir sind die ewig Gefangenen jener Zeit. Eines aber wollen und dürfen wir nicht vergessen: Was aus unserer Heimat geworden ist und was aus jedem Lande wird, wenn Freiheit und Demokratie zerschlagen sind.

Das soll unser „Niemals vergessen“ heißen!

Der Ablauf einer Konterrevolution

Halten wir noch einmal Rückschau auf die Ereignisse, die das Weltgewissen und die Gemüter der Menschen so tief aufgewühlt haben, daß es für immer unvergeßlich bleiben wird. Am besten tun wir es durch Meldungen, die ausnahmslos alle in der „Arbeiter-Zeitung“ erschienen sind. Also eine Wiederholung von bereits Gedrucktem, aber — lassen wir zunächst den Text der Meldungen sprechen:

Die hilflose Regierung

5. Dezember: Es gibt kein deutlicheres Zeichen der Lage, als daß die Depeschen des offiziellen Nachrichtensbüros ausbleiben. Bei dieser Lage der Dinge ist es natürlich schwerer noch als je, die Richtigkeit dessen, was über die Vorgänge gemeldet wird, zu erkennen, übertreibende Gerüchte von der Wahrheit zu unterscheiden. Man wird aber wohl als allgemein der Wahrheit entsprechend annehmen, wenn gesagt wird, die Spannung und Erregung einerseits, die Angst andererseits beherrschen die Gemüter noch stärker als unmittelbar vorher... Die hilfloseste in diesen Tagen des Kampfes ist zweifellos die Regierung. Sie erregt kaum noch Haß, um so gründlicher Verachtung. Man schreibt ihr auch Akte der Milde nicht auf die gute Seite; weiß man doch, daß sie nur der Furcht entsprungene sind.

15. Dezember: Fünf Blätter, die das Manifest der revolutionären Parteigruppen abgedruckt hatten, wurden nachmittags beschlagnahmt. Sechs Redakteure wegen Bekanntgabe des Manifestes verhaftet.

Truppen greifen ein

16. Dezember: Das Amtsblatt teilt mit, das gestern in einigen Blättern veröffentlichte Manifest des Arbeiterrates und anderer Komitees enthalte einen offenen Aufruf zur Rebellion und Widersetzlichkeit gegen die Gesetze. Auf Grundlage des Punktes 17 Artikel 7 der Pressebestimmungen hat demzufolge der Staatsanwalt dem Appellgericht darüber berichtet, worauf dieses noch am selben Tag beschlossen hat, das Erscheinen der Blätter bis zur gerichtlichen Entscheidung zu sistieren.

17. Dezember: Während der gestrigen Sitzung des Arbeiterrates wurde das Beratungsgebäude von Truppen eingeschlossen. Die Polizei verhaftete dreißig Arbeiterräte, die in geschlossenen Wagen weggeschafft wurden.

Streiks werden bestraft

17. Dezember: Die vom Ministerrat ausgearbeiteten Maßnahmen gegen die Ausstände haben die Sanktion Moskaus erhalten. Nach diesen neuen Maßnahmen wird die Aufreizung zum Streik bei den Eisenbahn- und Telegraphenstationen mit Gefängnishaft von acht bis sechzehn Monaten bestraft. Personen, die den Streik beginnen, unterliegen einer Gefängnishaft von vier bis sechzehn Monaten. Die Teilnahme an Gesellschaften, deren Zweck die Herbeiführung von Streiks ist, unterliegt einer Festungshaft von einem Jahr und vier Monaten bis zu vier Jahren.

17. Dezember: Ein Erlass erteilt den Stadtkommandanten für den Fall der Einstellung oder Störung des Eisenbahn-, Post- und Telegraphenverkehrs, wenn die Herstellung der Ruhe und Ordnung es erheischt, die Befugnis, aus eigener Machtvollkommenheit den kleinen und den großen Belagerungszustand zu verhängen.

Massenverhaftungen

18. Dezember: Der Minister des Innern befahl, sämtliche Führer der revolutionären Parteien zu verhaften. Mehr als hundert Personen wurden bereits verbannt. In den letzten Tagen wurden massenhaft Verhaftungen vorgenommen. Die Kerker sind überfüllt.

18. Dezember: Die Gebäude der Ökonomischen Gesellschaft, worin die Konferenz des Rates der Arbeitervertreter stattfand, wurde von Truppen umzingelt und die Mitglieder des Rates verhaftet. Zwei Kompanien wurden in den Saal geschickt.

Mit Geschützfeuer auseinandergetrieben

23. Dezember: Gestern abend fanden hier Kundgebungen der Aufständischen statt, die durch Geschützfeuer auseinandergetrieben wurden. Während der ganzen Nacht kam es zu blutigen und für die Aufständischen sehr verlustreichen Zusammenstößen. Um 10 Uhr umzingelten Truppen ein Haus, worin sich die Führer der Aufständischen aufhielten. Diese verteidigten sich mit Bomben und Schußwaffen. Gegen Mitternacht beschoß Artillerie das Haus, das schließlich gestürmt wurde. Von den Aufständischen sollen 400, von den Truppen 5 Offiziere und 132 Mann tot oder verwundet sein.

Mit Leichtigkeit...

26. Dezember: An allen Punkten der Stadt, wo gegen die Revolutionäre gekämpft wurde, sind die Truppen mit Leichtigkeit Sieger geblieben. Die Kämpfe, die Samstag nachmittag stattfanden, haben zwei Stunden gedauert. Die Verluste der Revolutionäre sollen sehr groß sein. Sonntag vormittag war wieder Artillerie tätig. Die innere Stadt ist vollkommen ruhig.

Die Verwüstungen sind sehr groß

27. Dezember: In Regierungskreisen ist man der Ansicht, daß in zwei bis drei Tagen die Ruhe wiederhergestellt sein wird. Gestern sind frische Truppen mit Artillerie eingerückt. Die durch das Geschützfeuer angerichteten Verwüstungen sind sehr groß. Gestern abend wurde mit der Beschießung einer Druckerei begonnen, in der die Aufständischen Polizeibeamte und andere Personen gefangen halten. Um 11 Uhr nachts dauerte das Bombardement noch an.

Die „Ordnung“ wiederhergestellt — frische Truppen eingetroffen

29. Dezember: Die Ordnung ist vollkommen wiederhergestellt. Die Läden sind geöffnet. In den meisten Fabriken wird wieder gearbeitet. Auf einer Konferenz der Vertreter der Stadt und der Vororte wurde festgestellt, daß die Truppen von den Waffen nur maßvollen Gebrauch machten, mit Schonung voringen und nur die bewaffneten Banden angriffen. Frische Truppen sind eingetroffen. Der Sicherheitsdienst wurde durch 2600 Mann verstärkt... Die Reihen der Revolutionäre sind jetzt sehr gelichtet. 600 Leichen sind noch nicht agnosziert. Nach den Erfahrungen, die die Revolutionäre gemacht haben, dürfte ihnen für längere Zeit die Lust zu weiteren Aufständen vergangen sein.

Die Regierung ist entschlossen...

2. Jänner: Die Regierung ist entschlossen, bis zum Ende zu gehen. Die revolutionäre Aktion kann nicht geduldet werden. Der gesunde Sinn der Mehrheit hat schon zu unterscheiden vermocht und die Gesellschaft beginnt, sich um die Regierung zu scharen. Es ist anzunehmen, daß die ernstesten politischen Kreise Europas die gegenwärtige Politik der Regierung, durch deren tatkräftiges Vorgehen sowohl die wirtschaftlichen Kräfte des Landes als auch das Leben zahlloser Bürger wird erhalten werden, verstehen und würdigen wird.

Todesurteile

10. Jänner: An achtzehn Revolutionären wurde heute das Todesurteil vollstreckt.

16. Jänner: Neunzehn sozialdemokratische Führer, die zum bewaffneten Aufstand aufgefordert hatten, wurden mit den Waffen in der Hand betreten und zum Tode verurteilt...

An dieser trotz ihrer Länge ziemlich kurz geratenen Chronik fällt uns auf, daß trotz der Brutalität und Niedertracht, mit der hier die Konterrevolution vorgeht, sie sich doch nicht bis zur letzten Barbarei aufruffte.

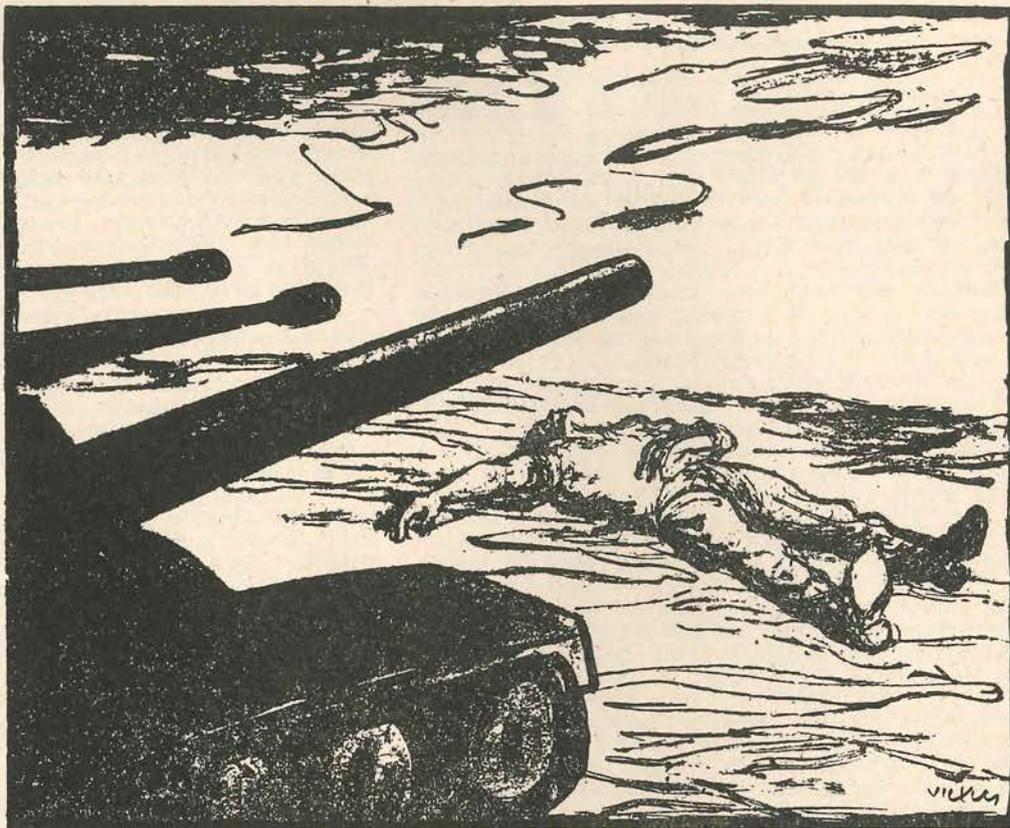
Sie bestrafte Streiks nicht mit Standrecht und Todesurteilen, sondern „nur“ mit Kerker und Verschickung. Sie nannte ihre Gegner, die revolutionären Arbeiter und Studenten, zwar „Banden“, aber überhäufte sie nicht mit Schimpfworten niedrigster Art.

Wie kommt das? Nun, sehr einfach:

Es handelt sich in diesen Meldungen nicht um die Niederwerfung der ungarischen Revolution von 1956, sondern um — die Unterdrückung der russischen Revolution von 1905.

Es handelt sich um den einundfünfzig Jahre zurückliegenden Sieg des Zarismus.

In seinen Methoden unterscheidet er sich so



wenig von den Methoden der heutigen Moskauer Machthaber, daß sie in der Tat eine der anderen zum Verwechseln ähnlich sehen. Nur mit dem Unterschied, daß die Konterrevolutionäre von heute die kommunistischen Diktatoren sind und daß sie ihre Opfer noch grausamer und scheußlicher behandeln, als es der Zar Nikolaus tat.



Heimkehr

Wir traten noch einmal an: nackte Gesichter in Lumpen. Ein kleiner, blonder Offizier ging von einem Viereck zum anderen, einen Packen weißer Zettel in der Hand, und rief mit seiner Kinderstimmigen Worte in unsere Gesichter. Es sollten unsere Namen sein, aber wir erkannten sie nicht in der Verstümmelung, in der sie aufgeschrieben worden waren und in der er sie nun ausschrie. Zehn Hände streckten sich dem Offizier jedesmal entgegen. Wahllos drückte er in jede Hand eines seiner Lose. Zuerst hatte er sich noch bemüht, jedem den richtigen Zettel zu geben, aber die Prozedur hatte ihm zu lang gedauert. Neben mir stand einer, der auf der Fahrt den Tabak mit mir geteilt hatte, den er gegen seine Ausrüstung eingehandelt hatte, ein Tischlermeister, der mit seinem bebrillten hohen Schädel den Eindruck eines Intellektuellen machte. Seine Kompanie hatte sich in Tirol aufgelöst. Er hatte sich auf den Weg nach Wien gemacht und war im Steirischen von russischen Streifen verhaftet worden. In einem Lager auf rumänischem Boden hatten wir uns getroffen: er kam direkt aus Tirol, ich mit einem Krankentransport aus einem Arbeitslager im Ural, an der Grenze zwischen Europa und Asien. Nun standen wir auf einer Wiese in der Nähe von Odenburg, auf ungarischem Boden, zwanzig Kilometer von der österreichischen Grenze.

Der Tischler sah besorgt auf die Sonne, die sich schon bedrohlich dem Horizont genähert hatte. Die ersten kühlen Schauer fuhren über das dämmernde Gebüsch hin.

„Wenn wir den Zettel haben, dann sofort weg!“ raunte ich meinem Nachbarn zu. „Verpflegung!“ gab er zu bedenken.

Gegen die staubige Straße zu standen die Hundertschaften, die schon abgefertigt waren. Sie warteten auf die versprochene Marschverpflegung. Hie und da löste sich eine Gruppe mit Decken für die Brotlaibe und Kochgeschirren für den Kunstbrot aus dem Haufen und verschwand hinter einem eiligen

Zahlmeister in den Büschen. Aber bald lösten sich die Hundertschaften auf, bevor ihre Leute mit den Lebensmitteln zurück waren. Die Sonne sank immer schneller.

Endlich war der Offizier bei unserem Waggon. Waggon nannten wir ausgefransten Wegelagerer uns, weil wir zehn Tage lang im gleichen Viehwagen Bettelbeute und Sehnsucht geteilt hatten. Abschiedsrufe hallten zu uns herüber. Die Masse löste sich auf.

Ich hatte meinen Zettel. Ein Name in unleserlicher Handschrift — „ist aus dem Lager für Kriegsgefangene entlassen und begibt sich an seinen Wohnort“. — Ich habe einen Wohnort! dachte ich verblüfft. „Wien“, war da zu lesen. „Österreich.“

„Gehen wir!“ sagte der Tischlermeister. Wir gingen nicht, wir liefen. Auf jede Sekunde kam es uns an. Erst waren es noch ganze Trauben von Menschen, die rings um uns dahineilten, wie sie seit Jahren nicht geeilt waren. Weiter voraus zerfielen die Trauben, Fahles Licht lag auf den Äckern. Als wir die Straße erreichten, war es ganz dunkel. Mein Nachbar deutete nach vorn und sagte: „Da geht die Bahn!“ Wo war aber eine Station? Und wann ging ein Zug? Wir überlegten noch, ob wir weiter auf der Straße oder die Bahnstrecke entlang gehen sollten, als wir hinter uns ein Auto hörten.

„Aufhalten!“ rief mir der Tischlermeister zu. Wir schrien und schwenkten die Arme, als der Lastwagen an uns vorbeisauerte. Er fuhr noch zwanzig Schritte, dann bremste er. Unser Laufschrift zerklopfte die Stille.

Wir sahen, daß es ein russisches Auto war. Auf der Ladefläche lagen drei Kühe angebunden. Dazwischen hockten schon ein paar Mann, die heimkehrten wie wir. „Wohin?“ rief ich dem Fahrer zu. „Richtung Wien“, sagte er auf russisch. Ich stand schon auf dem Pneu, zog mich hoch und ließ mich zwischen die Kühe fallen. Der Tischler kletterte ins Führerhaus.

Einige Minuten später flogen wir an einem Schilderhaus vorbei. „Die Grenze“, brummte einer aus dem Dunkel. Ein Schilderhaus war da, sonst nichts. Keine Maschinenpistole, kein Gewehr, nicht einmal ein Mensch.

Mit lahmen Bewegungen stiegen wir zwei Stunden später vom Wagen. Der russische Feldwebel zeigte uns, wo wir hingehen konnten, wir dankten ihm und gingen in das Dorf. Wir übernachteten in einer Scheune, nachdem wir eine halbe Stunde lang mit der störrischen Bäuerin darum gestritten

Die utopische Maifeier

Alle in diesem Artikel angeführten Personen, deren Handlungen und ihre Auswirkungen sind völlig aus utopischer Luft gegriffen. Eine Ähnlichkeit mit derzeit lebenden Personen ist rein zufällig.

„Etwas muß geschehen!“ war der empörte Ruf der Opposition in der mächtigen Sozialpartei Utopiens. Der Ruf wurde durch einen Wahlsieg im vergangenen Jahr ausgelöst, in dem man viele Stimmen gewonnen, aber in den gewichtigen Senatssitzen eine „kaum nennenswerte“ Einbuße erlitten hatte.

„Etwas muß geschehen“: die Demonstranten zogen scharenweise zu den Fabriken, den Druckereien und den Bürogebäuden. Ihre Vertreter im Senat, im Duovirat und an allen Spitzenstellungen der Politik übten den im Wahlauftritt genannten Beruf tatsächlich aus. Sie standen als Setzer, Schlosser oder Beamte in ihrem Betrieb. Es war selbstverständlich, daß sie nie mehr als das Kollektivvertragsminimum erhielten. Daher waren ihnen die Sorgen der breiten Masse der Utopier nicht fremd.

Dem Verlangen der Opposition trug man in der Sozialpartei schon in der nächsten Tagung des Sozialvorstandes weitestgehend Rechnung. Neubesetzungen aller vor den siegreichen Wahlen versagender Stellen war eine Selbstverständlichkeit. Da auch unter den Forderungen der Opposition eine Neuerung der Feiern verlangt wurde, setzte man ein Gehirntrustkomitee zur Renaissance der Maifeier in Utopia ein.

Am 30. Februar 1957 trat erstmalig das Trustkomitee für Maifeierfestivität zusammen. Dank einer Indiskretion des Schriftführers sind wir in der Lage, besonders delikate Details aus der Debatte unseren Lesern zu vermitteln. Die Parteiabgeklärten verlangten weiterhin: Maifeier mit großem Bahnhof. Über die Anlage von Zumarschbahnen zur Götterhuldigung waren sie nicht ganz einer Meinung. Auch um Plätze im Zentrum wurde gefeilscht. Als nun die Opposition eine völlig neue Feier verlangte, war man sprachlos. Aber die Argumente über-sahen die weitsichtigen Utopiaführer nicht: Motorisierung brachte Teilnehmerschwund, denn die Arbeiter fuhren mehr denn je in die Natur, die Jugend begeisterte sich nicht an den Parolen der Utosol, sie nahmen die Errungenschaften der Technik, die kürzere Arbeitszeit, den Urlaub mit der gleichen Selbstverständlichkeit zur Kenntnis wie das Radio, das Fernsehen und die Atombombe. Den Alten von Utopia war der Weg von ihren neuen Stadtrandwohnungen, den Satellitenstädten, zum Götzenplatz zu weit, ihre im Kampf ermüdeten Füße konnten solche

Märsche nicht mehr leisten. Und außerdem: Der Marschtritt der Arbeiterbrigaden ließ in Utopia niemand mehr erzittern. Alle strittigen Fragen der Staatspolitik wurden mit dem Koalitionspartner bei einem Glaserl Wein und einer Vetschina (Virginia) besser und friedlicher gelöst.

Nach stundenlanger Debatte, in der auch die Perlen des Kulturwesens und alle Verteidiger der „Parteitradition“ gesprochen hatten, wurde die Sitzung auf den 31. Februar vertagt.

Besagter 31. Februar brachte einen Vorschlag der Utopiasozialopposition, der vom Gehirntrust zur Debatte gestellt wurde:

Solange der Maifeiertag nicht für die Erholung der Arbeitermassen freigegeben werden könne, müsse die Parteileitung der Utosol trachten, dem Tag der Arbeit einen mehr volkstümlichen Charakter zu geben. Im einzelnen hieß es:

Der Vergangenheit widme die Utosol vormittags würdevolle Feiern in den Distrikten. Der Stillstand der Verkehrsmittel würde jeden klassenbewußten Utosoler das Feierlokal leicht erreichen lassen. Am Nachmittag erobert das Volk der Utosoler die Rundstraße. Alle Verkehrsmittel würden eingesetzt, um die Menschenmassen zum Maivolksfest, zur Rund- und Uferstraße zu bringen. Die Rundstraße der Utopier sei vorher in gründlichen Konferenzen in einzelne Schauplätze zu teilen. Seitlich der Fahrbahnen biete dann jeder Distrikt den Zuschauern das Beste seiner Arbeit: Sportler, Künstler, Akrobaten und Musiker fesseln die vorbeiziehende Menge. Große Tafeln zeigen den Schaulustigen die Arbeit der Utosol. Musikkapellen spielen Beethoven oder zwölftonale Musik. Die Masse tanzt nach längst vergessenen Walzermelodien. Spitzenfunktionäre geben Erfrischungen aus. Mit Einbruch der Dunkelheit erstrahlen alle Prunkgebäude Utopias im Atomlicht, und ein Riesenfeuerwerk der Gebrüder Stuver beschließt das Volksfest der Arbeit.

Dieser Vorschlag der Opposition in der Utopischen Sozialpartei fand fast ungeteilte Aufnahme. Viele verbessernde Vorschläge wurden vom Schriftführer festgehalten. Leider mußte diese erfolversprechende Tagung um Mitternacht resultatlos abgebrochen werden: Die Kommission konnte sich nicht über die Wegrichtung der Maispaziergänge 1957 einigen. Der Vorschlag: „Wir gehen nach links“ konnte keine Mehrheit finden, und so wird in Utopia 1957 weiterhin in altem Trott gegangen...

hatten. Es war September 1945, und niemand glaubte uns, daß wir aus Rußland kamen.

Am nächsten Morgen saßen wir in einem Waggon der österreichischen Staatseisenbahnen. Er hatte keine Fenster, aber sonst war er ein richtiger Personenwagen. Mir gegenüber saß eine junge Frau. Ich betrachtete sie neugierig. In Rumänien und Ungarn hatte ich auch schon Leute gesehen, die gekleidet waren, wie man bei uns gekleidet ist, aber nur von weitem. Es war mir, als kehrte ich von langen, langen Sommerferien zurück. Das Gesicht der Frau sah aus, als wolle sie jeden Moment anfangen zu weinen. „Woher kommen Sie denn?“ fragte sie.



„Aus Rußland.“ Die Frau öffnete den Mund, sagte aber nichts. Dann weinte sie wirklich. Der Schaffner, der durch den Zug ging, sah über uns hinweg. Ein Mann brachte ein Speckbrot zum Vorschein. Wir teilten es. Im Gang lehnten ein paar junge Burschen. Ich zerbrach mir den Kopf, wieso sie nicht gleich uns die Lumpen trugen, die von jahrelangem Schmutz starrten. Die Frau hatte sich gefaßt und holte aus ihrer Markttasche zwei Zigaretten, die wir anerkennend betrachteten, bevor wir sie anzündeten.

Mir verging der Atem, als ich das Wiener Granitpflaster unter den Füßen spürte. Ruinen wuchsen uns dunkel entgegen, aber an den grauen Wänden klebten Plakate wie früher. Ich sah eine Milchhandlung und eine Trafik — und da wußte ich, daß ich in Wien war, wenn ich die Gegend auch nicht wiedererkannte. Leute sprachen uns an. Ich

glaube, ich war der erste Heimkehrer, der aus dem Inneren Rußlands nach Wien kam, am 12. September 1945, aber ich war ein sehr unfreundlicher Heimkehrer. Wir eilten an allen vorüber, die uns aufhalten, uns befragen wollten. Dann sahen wir die erste Straßenbahn.

Der Tischler hatte noch ein paar Zehnpfennigstücke in der Büchse, in der er sein Nähzeug aufbewahrte. Aber der Schaffner nahm kein Geld von uns. Eine Frau streckte uns Zigaretten entgegen. Ein Herr sagte: „Hier ist Rauchverbot!“ Der Schaffner winkte nur verächtlich, und unter seinem Schutz zündeten wir uns die Zigaretten an.

„Ich bin da!“ sagte der Tischler. Ich drückte ihm die Hand, nahm aber kaum wahr, daß er ausstieg. Später fiel mir ein, daß er gerufen hatte: „Mein Haus steht!“ Ich fuhr noch ein paar Stationen weiter, dann sprang ich ab und lief drauflos. Nun begann meine eigene Geschichte. Nun wußte niemand mehr von mir.

Die Demokratie im Staate wird nur dann gesichert sein, wenn eine starke Partei als ihre Garantin wirkt, und niemand anderer ist dazu berufen, als wir Sozialisten

Opferfürsorge in der Schweiz

Der schweizerische Bundesrat unterbreitet den Entwurf zu einem Bundesbeschluß, der es ermöglichen soll, daß Schweizer Bürgern, die Opfer nationalsozialistischer Verfolgungshandlungen waren und auf welche die im verantwortlichen Staat getroffenen Wiedergutmachungsmaßnahmen nicht anwendbar sind, als Vorschußleistung eine angemessene Entschädigung gewährt werden kann.

Zwar war es in einzelnen Fällen gelungen, die Behörden des Dritten Reiches zur Aufhebung von Maßnahmen oder zur Wiedergutmachung von Schäden zu veranlassen, die von Schweizern erlitten worden waren, doch ist die Zahl schweizerischer Opfer nationalsozialistischer Terrormethoden recht groß. Für den Staat, der solcherweise völkerrechtliche Pflichten gegenüber Ausländern verletzt, besteht die Pflicht, das begangene Unrecht wiedergutzumachen.

So hat die Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1953 ein Gesetz zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung erlassen. Entgegen den Erwartungen wurde indessen dieses Gesetz nicht immer in dem Geist vollzogen, in dem es geschaffen worden war. Am 1. April 1956 genehmigte dann das Parlament in Bonn auf Antrag der Regierung ein neues Gesetz für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung, das den Beschwerden über die frühere Gesetzgebung in gewissem Maße Rechnung trägt.

Dieses heute gültige Gesetz gewährt in vielen Fällen nur beschränkte Wiedergutmachung. Trotzdem ist es in seiner Gesamtheit als positiv zu werten. Hingegen weist es eine entscheidende Lücke auf: von jeder Entschädigung ausgenommen sind nämlich Personen, die vor oder zur Zeit der Verfolgungsmaßnahmen außerhalb des Deutschen Reiches wohnhaft waren und die in der Nachkriegszeit keinen Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland begründeten. Dieser Ausschluß trifft nun mehr als die Hälfte der schweizerischen Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung.

Nach der Dokumentation des Politischen Departementes gibt es in der Schweiz mindestens 530 Fälle von Ausschreitungen des Nationalsozialismus und 125 Fälle von Plünderungen und Eingriffen in das Berufsleben, denen der Charakter einer Verfolgung zukommt. Diese 655 Fälle betreffen nur jene Fälle verfolgter Schweizer, denen im Rahmen der deutschen Gesetzgebung eine Entschädigung versagt bleibt. Weil eine Wiedergutmachung zugunsten dieser Opfer fehlt, steht dem Schweizerischen Bundesrat eine völkerrechtliche Forderung gegenüber der deutschen Regierung zu. Der Bundesrat hat denn auch wiederholte Bemühungen unternommen, denen aber von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland eine befriedigende Antwort nicht zuteil wurde. Bonn verschanzte sich in unnachgiebiger Weise hinter Artikel 5 des am 27. Februar 1953 in London zwischen der Bundesrepublik Deutschland und zwanzig Staaten (darunter auch die Schweiz) abgeschlossenen Abkommens über deutsche Auslandsschulden. Nach Ansicht des Bundesrates hat jedoch die seitherige Verbesserung der Wirtschaftslage der Bundesrepublik die Voraussetzungen für diesen Artikel wesentlich überholt. Der Bundesrat hat infolgedessen in Bonn mit Nachdruck das Begehren wiederholt, die deutsche Regierung solle ihre Schuld auf die eine oder andere Weise begleichen.

Um zu verhindern, daß sich die Lage der schweizerischen Betroffenen nationalsozialistischer Terrormethoden auf unabsehbare Zeit hinausziehe, hielt es der Bundesrat für nötig, eine interne Lösung provisorischer und außerordentlicher Natur vorzusehen. Er schlug vor, jenen Schweizern, denen im Rahmen der deutscherseits getroffenen Maßnahmen eine Entschädigung versagt bleibt, eine Wiedergutmachung in der Form eines Vorschusses zu Lasten des Bundes zu gewähren. Es handelt sich dabei um eine außergewöhnliche Aktion, die keinen Präzedenzfall schafft. Ihre Berechtigung findet sie in den besonderen Umständen, wie sie sich aus der durch das Londoner Abkommen geschaffenen Lage und dem spezifischen Charakter des zugefügten Unrechtes ergeben haben.

Nach den dem Politischen Departement zur Verfügung stehenden Unterlagen dürfte ein Betrag von 15 Millionen Franken*) zur Durchführung der geplanten Aktion ausreichen. Die Zuwendungen sollen nach den allgemeinen Grundsätzen des Völkerrechtes bestimmt werden. Im einzelnen Fall wird eine vom Bundesrat bestellte Kommission über die Zuwendungen bestimmen, die aus Vertretern der Bundesverwaltung und qualifizierten Sachverständigen zusammengesetzt ist, welche vor allem aus Auslandsschweizerkreisen herangezogen werden.

Freigelassen — aber nicht heimgekehrt

Am 19. Februar 1957 fällt ein Linzer Geschworenengericht einen Freispruch im Prozeß gegen Franz Punzenberger, Johann Kapfer und Johann Berger, die angeklagt waren, am 8. Mai 1945 vier ehemalige KZler im Schlaf überfallen und zwei von ihnen getötet zu haben. Die KZler befanden sich nach der Entlassung aus dem Konzentrationslager Mauthausen auf einem Fußmarsch und übernachteten in einem Bauernanwesen in Amberg, Gemeinde Engerwitzdorf. Der vierte Angeklagte, der deutsche Staatsangehörige Josef Kahler war vor Gericht nicht erschienen, da er sich angeblich in Westdeutschland aufhalten soll.

Die Schilderung der Tat: Zahlreiche KZ-Häftlinge waren durch die Amerikaner aus den Konzentrationslagern Mauthausen und Gusen in Freiheit gesetzt worden und befanden sich nun auf dem Heimweg. Die Landbevölkerung, die — durch die Nazi-Propaganda verhetzt — glaubte, daß sich in den Konzentrationslagern nur kriminelle und asoziale Elemente aufhalten, hatte Angst, das Opfer von Raubüberfällen zu werden und bildete in verschiedenen Ortschaften einen „Selbstschutz“. So wurde auch in der Gemeinde Amberg ein „Selbstschutz“ errichtet, dem die drei Angeklagten angehörten, und der Reichsdeutsche Kahler, der früher selber Capo im KZ Gusen war. Als diese Selbstschutzmänner erfuhren, daß in einem Bauernhof vier KZler übernachteten, gingen sie hin und — trotzdem ihnen die Bäuerin erklärte, die KZler hätten ihr bei der Arbeit geholfen und seien harmlos — drangen gewaltsam in die Scheune ein. Sie schossen auf die Schlafenden und töteten zwei von ihnen auf der Stelle.

Obwohl die Tat im ganzen Ort bekannt war, wurde erst im Jahre 1956, nach Abzug der Russen, die Anzeige erstattet, denn die Bauern wurden vorher angeblich zum Schweigen verhalten.

Die Angeklagten versuchten, sich auf „Notwehr“ auszuweichen, die allerdings hier nicht gegeben sein konnte, da die Ermordeten ja schliefen. Schließlich trachteten die Angeklagten, den Großteil der Schuld auf den abwesenden Kahler zu schieben.

Die Geschworenen hatten zu entscheiden, ob die Angeklagten in Mordabsicht gehandelt haben oder nicht. Diese Mordabsicht wurde durch die Geschworenen mit acht Stimmen verneint, worauf das Gericht den Freispruch fällen mußte.

Auch diese Opfer der Selbstschutzleute gehören zu der traurigen Legion jener Tausenden, die aus den Konzentrationslagern zwar entlassen, die Hölle der Nazizeit überlebt haben, aber dennoch nicht heimgekehrt sind...

*) Das sind zirka 90 Millionen österreichische Schilling.

Die Mitarbeiter

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossen mitgearbeitet:

Reinhard Federmann, Jacques Hannak, Ernst Hein, Karl Mark, Rudolf Trimmel, Fritz Zvacek.

Ein Koffer wartet

Als am 30. April jeden Augenblick mit dem Eindringen der Russen in den „Führerbunker“ gerechnet wurde, fiel um 15.30 Uhr der tödliche Schuß. Die in den benachbarten Räumen des Bunkers wartenden Eingeweihten — darunter Goebbels und Bormann — trafen Hitler in sitzender Stellung tot an, während die Leiche Eva Brauns neben ihm auf dem Sofa lag. In Hitlers rechter Schläfe war ein Einschuß sichtbar, Eva Braun wies unverkennbare Vergiftungserscheinungen auf.

Die Leichen Hitlers und Eva Brauns sind wenige Minuten nach dem Schuß in den Garten der Reichskanzlei geschafft, dort in Anwesenheit von Goebbels und Bormann sowie der Generäle Krebs und Burgdorf mit etwa 150 Liter Benzin übergossen und ange-

Ausstellungen und Museen in Wien

Im Laufe der kommenden Wochen werden bestimmt viele Genossinnen und Genossen nach Wien kommen. Wir glauben daher, daß es von allen Besuchern, aber auch von unseren Genossen hier in Wien sehr begrüßt werden wird, einmal einen kurzen Überblick über die vielen Sammlungen und Museen zu bekommen, die es zu besichtigen gibt. Das Verzeichnis ist bei weitem nicht vollständig und nimmt auf Sonderausstellungen oder nur zeitweise stattfindende Veranstaltungen keinerlei Rücksicht. Ganz besonders weisen wir darauf hin, daß bei vielen Museen am Sonntag der Eintritt frei ist.

Wir wünschen viel Vergnügen!

- Osterreichische Galerie** (Oberes Belvedere): Galerie des 19. und 20. Jahrhunderts. — (Unteres Belvedere): Mittelalterliche Kunst, Barockmuseum. Täglich 10 bis 16 Uhr, Montag geschlossen. S 2.—, Sonntag 10.30 Uhr Führung.*
- Weitliche und geistliche Schatzkammer** (Hofburg, Schweizerhof): Neuausstellung der Kleinodien. Montag, Mittwoch, Samstag 9.30 bis 15 Uhr, Dienstag, Donnerstag 15 bis 20 Uhr, Freitag geschlossen, Sonntag 9 bis 13 Uhr. S 2.—.*
- Albertina**: Montag, Dienstag, Donnerstag 10 bis 14 Uhr, Mittwoch, Freitag 10 bis 18 Uhr, Samstag 10 bis 13 Uhr, Sonntag 10 bis 12 Uhr mit Führung.
- Naturhistorisches Museum**: Meisterwerke aus Hallstätter Waffenschmieden, Avarengräber, Japanische Riesenkrebbe, Mißbildungen im Tierreich. Täglich 9 bis 13 Uhr, Dienstag geschlossen.
- Kunsthistorisches Museum**: Dienstag bis Samstag 10 bis 15 Uhr, Sonntag 9 bis 13 Uhr, Montag geschlossen.*
- Museum für angewandte Kunst** (I, Stubenring 5): Dienstag bis Freitag 9 bis 16 Uhr, Samstag 13 bis 20 Uhr, Sonntag 9 bis 13 Uhr, Montag geschlossen.*
- Museum für Völkerkunde** (Neue Burg): Kostbarkeiten der Japansammlung und weitere fünf Sonderausstellungen. Dienstag geschlossen, Montag, Mittwoch, Donnerstag, Samstag 10 bis 13 Uhr, Freitag 15 bis 20 Uhr, Sonntag 9 bis 13 Uhr.*
- Nationalbibliothek**: Täglich 10 bis 18 Uhr.
- Technisches Museum** (Mariahilfer Straße 212): Täglich 9 bis 13 Uhr, Montag geschlossen. S 2.—.
- Heeresgeschichtliches Museum** (Arsenal): Montag bis Samstag 10 bis 16 Uhr, Sonntag 10 bis 19 Uhr, Freitag geschlossen.*
- Historisches Museum der Stadt Wien** (Rathaus): Dienstag, Donnerstag, Samstag 9 bis 18 Uhr, Freitag bis 16 Uhr, Sonntag bis 13 Uhr, Montag geschlossen.
- Römische Ruinenstätte** (Hoher Markt 3): Dienstag, Donnerstag, Samstag, Sonntag 9 bis 13 Uhr, Mittwoch, Freitag 15 bis 19 Uhr.
- Uhrenmuseum** (I, Schulhof 2): Dienstag, Mittwoch, Samstag 10 Uhr, Donnerstag, Samstag 15 Uhr.
- Schubert-Museum** (IX, Nußdorfer Straße 54): Dienstag bis Samstag 9 bis 16 Uhr, Sonntag bis 13 Uhr, Montag geschlossen.
- Haydn-Museum** (VI, Haydngasse 19): Dienstag bis Samstag 9 bis 16 Uhr, Sonntag 9 bis 13 Uhr.
- Niederösterreichisches Landesmuseum** (I, Herrengasse 9): Täglich von 9 bis 17 Uhr, Sonntag bis 13 Uhr, Montag geschlossen.

* Sonntag Eintritt frei.

zündet worden. In den späten Abendstunden des 30. April wurden sie unweit der Verbrennungsstätte im Garten vergraben. Die Überreste der Leichen sind von sowjetischen Soldaten gefunden worden. Am 9. beziehungsweise 11. Mai 1945 sind der Helferin und dem Techniker des Zahnarztes Hitlers in Berlin von einer russischen Kommission Zahnersatzteile vorgelegt worden, die von ihnen als von Adolf Hitler beziehungsweise von Eva Braun herrührend identifiziert wurden.

Mit der jetzt erfolgten Todeserklärung Hitlers wird auch die Frage seines Nachlasses in Deutschland wieder akut. Da der tote Diktator sein Vermögen testamentarisch der NSDAP vermacht hat und an deren Stelle der deutsche Staat treten sollte, falls es nach seinem Tod die Partei nicht mehr gäbe, steht nur noch offen, was mit einem Koffer zu geschehen hat, der von der Münchner Kriminalpolizei aufbewahrt wird.

Auf diesem Koffer, der das Soldbuch Hitlers aus dem ersten Weltkrieg, sein NSDAP-Mitgliedsbuch, sein Parteiabzeichen sowie seine Aquarelle und Zeichnungen aus seiner Wiener Zeit enthält, erhebt Hitlers Schwester Anspruch, die in Berchtesgaden unter dem Namen Paula Wolf lebt. Sie stützt sich dabei auf das Testament ihres Bruders, der seinen Verwandten nur vermachte, „was für das Gedenken an meine Person von Wert oder notwendig zur Aufrechterhaltung eines kleinbürgerlichen Lebensstandards ist“.

Die sieben Jahre jüngere Schwester Hitlers lebt in Berchtesgaden in einem möblierten Zimmer. „Ich war nie Mitglied der Partei“, sagte sie, „und ich habe mich nie politisch betätigt.“ Sie führte den Namen Paula Wolf bereits, als sie vor 1936 in Wien lebte.

Zehnmonatebilanz des Hilfsfonds

Am 10. April waren es genau zehn Monate, seitdem der Hilfsfonds (Fonds zur Hilfeleistung an politisch Verfolgte, die ihren Wohnsitz und ständigen Aufenthalt im Ausland haben) seine Tätigkeit aufgenommen hat.

Dem Arbeitsbericht des Büros des Hilfsfonds entnehmen wir folgende interessante Ziffern und Zahlen: Anzahl der eingegangenen Anträge: 18.150. Von den Zuerkennungskommissionen wurden 8056 erledigt, das sind 44,4 Prozent. In 438 Fällen wurden Einsprüche erhoben, vom Kuratorium als Rechtsmittelinstanz 102 erledigt.

In 2430 Fällen wurden bereits Anweisungen über eine Gesamtsumme von mehr als 51.000.000 S vorgenommen und bis zum 10. April 1957 tatsächlich ein Betrag von 47.200.000 S überwiesen.

Das Kuratorium des Hilfsfonds hielt am 23. April 1957 seine 7. ordentliche Sitzung ab. Das Kuratorium beriet eine Reihe von grundsätzlichen Fragen und Problemen, darunter die Auswirkung jener Bestimmungen der 11. Novelle zum Opferfürsorgegesetz, nach denen Personen, welche Leistungen auf Grund des Hilfsfondsgesetzes erhalten haben, von der Rentenfürsorge nach dem Opferfürsorgegesetz ausgenommen sind.

Gedenkfeier in Bergen-Belsen

Zu einer eindrucksvollen Massenwallfahrt gestaltete sich am Sonntag, dem 17. März 1957, eine Gedenkfeier an den Gräbern der 30.000 Toten des ehemaligen Konzentrationslagers Bergen-Belsen in der Lüneburger Heide. Tausende Jugendliche aus Norddeutschland legten an den Ruhestätten der Opfer des Nazismus Kränze nieder. Ein Sprecher ermahnte die Jugend, mehr Tapferkeit zu bezeigen, weil, wie er sagte, „wir Älteren nicht den Mut hatten, gegen die Tyrannei aufzustehen“.

Schutzbündler und RS

die noch nicht Mitglieder des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus sind, melden sich in der nächsten Sprechstunde in ihrem Bezirk oder in ihrem Landessekretariat zum Beitritt an.

Eine Arbeitsgemeinschaft nationaler Jugend

Kurz nachdem das „Nationale Jugendkorps“ (NJK) vom Innenministerium wegen allzu großer Sympathien für die ehemalige Naziwehrmacht aufgelöst worden war, trafen die mit dem NJK affilierten Verbände in Salzburg zusammen, um die durch die Auflösung des NJK entstandene Lücke zu schließen.

Die Teilnehmer an dieser Tagung in Salzburg waren folgende Vereine: Bund heimattreuer Jugend Kärnten, Bund heimattreuer Jugend Tirol, Bund heimattreuer Jugend Wien, Steirischer Jugendbund, Sudetendeutsche Jugend Wien und Unabhängige Jugend Salzburg. Über die Absichten und Tendenzen der sogenannten „Heimattreuen Jugend“ (HJ) brauchen wir nicht nochmals zu berichten. Es handelt sich hier um Organisationen, die von ehemaligen Nazi aufgezo-gen worden sind.

Auf der Salzburger Tagung wurde beschlossen, eine Arbeitsgemeinschaft der „Heimattreuen Jugendverbände“ in Vereinsform zu gründen, Veranstaltungen in Österreich abzuhalten und eine eigene Zeitung herauszugeben. In Deutschland ist es schon vor einiger Zeit zu einer Zusammenfassung der nationalen Jugendverbände in der „Europäischen Sozialen Bewegung“ gekommen, deren faschistische Tendenz längst bekannt ist.

Es ist Pflicht aller demokratischen und freiheitlichen Kräfte in Österreich, die Salzburger Gründung und deren weitere Tätigkeit genau unter die Lupe zu nehmen.

Unter sicherer Obhut

Wie seinerzeit berichtet, hat es sich eine „Arbeitsgemeinschaft der Nationalen Jugendbünde Österreichs“ zur Aufgabe gestellt, die verschiedenen Verbände in einer Dachorganisation zu vereinigen, damit die Jugendlichen für den Fall, daß der eine oder andere Verband von der Polizei aufgelöst würde, nicht heimatlos seien. Nun, das „Nationale Jugendkorps“, das zusammen mit der HJ (Heimattreue Jugend) und der „Sudetendeutschen Jugend“ Mitglied dieser Arbeitsgemeinschaft war, wurde inzwischen aufgelöst; durch die Arbeitsgemeinschaft haben die Mitglieder der aufgelösten Verbände tatsächlich den politischen Boden aber nicht verloren.

In Anlehnung an diese Arbeitsgemeinschaft versuchen nun die „ewig Gestrigen“ eine politische Tätigkeit zu entfalten, indem sie einen „Freundeskreis der Arbeitsgemeinschaft der Nationalen Jugendbünde Österreichs“ geschaffen haben.

In der Ankündigung steht wörtlich: „In diesem »Freundeskreis« ist Platz und Gelegenheit für alle, wieder mitzutun!“

Auf das „Wieder mitun“ kommt es ja in diesem Falle an. Die politisch unerfahrene Jugend soll sich weiter von unentwegten Nazi mit Phrasen und Theorien von Gewalt und Blut füttern lassen.

Wem die Demokratie in Österreich am Herzen liegt und wer eine Wiederholung der dreißiger Jahre verhindern möchte, der muß sich diesen „Freundeskreis“, der in Wien III, Ungargasse 45, etabliert ist, näher betrachten. Man wird vielleicht so manche Überraschung erleben.

Mißbrauch einer Idee

In den Reihen der sogenannten „Kameradschaftsgruppen“ wird das internationale SS-Treffen eifrig diskutiert, das im Juni dieses Jahres wahrscheinlich in Hannover stattfinden soll. Es handelt sich darum, die Delegation aus Österreich so imposant wie nur möglich zu gestalten.

Das Treffen steht unter dem Motto: „Wir rufen Europa!“ Im Sinne der Veranstalter sollen vor allem die Angehörigen der ausländischen Formationen der SS zahlreich erscheinen. Es gab doch in der „glorreichen“ Zeit SS-Kompanien aus Holländern, Franzosen, Belgiern, Dänen, Norwegern, Russen, Weißrussen, Ukrainern und anderen; diese sollen nun neben den Deutschen und Österreichern als „Europa-Armee“ aufmarschieren.

Als die „Europa-Idee“ nach dem Krieg populär wurde, haben darin verschiedene „nationale“ Gruppen in Österreich und in Deutschland die Chance eines politischen Untertauchens gesehen. Die gleichen Leute, die während des Krieges mitgeholfen haben, Europa unter den nazistischen Stiefel zu bringen und die bei der Besetzung vieler europäischer Staaten selbst Träger eines Barbarenregimes waren, haben plötzlich ihr Herz für Europa entdeckt. In den von ihnen herausgegebenen Zeitschriften verliehen sie der Entfaltung der Europa-Idee breiten Raum, um gleichzeitig gegen die natürlichen Verbündeten eines ge-

einten Europas zu hetzen. In Deutschland hat man nach einiger Zeit festgestellt, daß gar manche dieser Zeitschriften der „nationalen“ Kreise vom Osten finanziert gewesen sind, wo das Interesse besteht, die wirkliche „Europa-Idee“ zu kompromittieren und zu torpedieren.

Nach den Plänen der Veranstalter sollen mindestens fünfzehntausend Personen an dem Treffen teilnehmen. Die einzelnen nationalen Gruppen haben für eine rege Beteiligung zu sorgen. Unter anderem erwartet man aus Österreich mindestens tausend ehemalige SS-Männer.

Wieder einer, der darauf stolz ist

Das in Hannover erscheinende Organ der ehemaligen SS, „Wiking-Ruf“, bringt einen Artikel des Linzer FPÖ-Landtagsabgeordneten Friedrich Peter unter dem Titel „An einen unbelehrbaren Patent-Österreicher“. In diesem Artikel bekennt sich der Herr Abgeordnete zum Oberösterreichischen Landtag mit Stolz dazu, daß er bei der SS gewesen ist und erklärt, daß er diese Tatsache heute niemandem in Österreich verhehle. Der SS-Mann Peter schreibt wörtlich:

„Ich bin nicht jenem Kreise zuzuzählen, der — angeblich — gepreßt und gezwungen wurde, sondern ich bekenne auch heute, daß ich damals freiwillig zur SS gegangen bin, denn das Vaterland war für uns junge Menschen des österreichischen Donauraumes in jener Zeit eben Deutschland.“

Herr Peter ist ferner stolz, daß es „... auch heute noch viele wertvolle deutschgesinnte Menschen in Österreich gibt“.

Die Gesinnung des Herrn Landtagsabgeordneten Peter stellt ein Zertifikat für die Gesinnung der Partei dar, die er vertritt.

Die Erben des obersten Gestapochefs

Elisabeth Kaltenbrunner, die Witwe des in Nürnberg hingerichteten ehemaligen Chefs des Reichssicherheitshauptamtes, Dr. Ernst Kaltenbrunner, der vor dem Krieg ein wenig bekannter Rechtsanwalt in Linz gewesen ist, bemüht sich seit längerer Zeit, Erbrechte hinsichtlich des zurückgelassenen Vermögens Dr. Kaltenbrunners geltend zu machen. Daß die obersten Nazibonzen sehr wohl für ihre eigenen Taschen vorgesorgt hatten, beweist die Tatsache, daß beispielsweise bei der Sparkasse Berlin auf den Namen Kaltenbrunner ein Betrag von 2.300.000 Reichsmark eingezahlt war. Kaltenbrunner dürfte darüber hinaus bei Banken und Sparkassen unter verschiedenen Tarnnamen noch Millionenbeträge erlegt haben.

Die Spruchkammer in Berlin verhängte im Rahmen eines Teilentscheides im Sühneverfahren gegen Kaltenbrunner eine Geldstrafe von 300.000 Mark und gab dem Verdacht Ausdruck, daß sich noch weitere Vermögenswerte Kaltenbrunners auf Namen von Strohmännern bei verschiedenen Banken des In- und Auslandes befänden. Kaltenbrunner soll ferner gegen Kriegsende bedeutende Werte in Schmuck und Devisen sowie eine überaus wertvolle Briefmarkensammlung „verlagert“ haben.

Der Gestapochef war bekanntlich ein Briefmarkensammler. Es war daher „natürlich“, daß die Gestapo alle größeren Briefmarkensammlungen, die in den durch die Nazi besetzten europäischen Gebieten beschlagnahmt wurden, Kaltenbrunner vorlegen mußte. Auf diese Weise brachte es Kaltenbrunner zu einer Briefmarkensammlung von Weltbedeutung. Diese viele Bände starke Sammlung, deren Wert überhaupt nicht abzuschätzen sein dürfte, ist im Jahre 1945 nicht in alliierte Hände gefallen; sooft sich jetzt auf Briefmarkenauctionen Stücke von ungewöhnlicher Seltenheit zeigen, vermutet man, daß sie aus der „Kaltenbrunner-Sammlung“ herrühren.

ČSR-Archiv gibt SS-Akten frei

Zum Zwecke der Publikation soll das tschechische Außenministerium 60 Tonnen SS-Akten aus den sudetendeutschen Gebieten zur Verfügung gestellt haben, die sich auf die Tätigkeit während der Henlein-Zeit und später auch auf Teilnahme bei Judenaktionen beziehen. Diese Akten waren bisher weder in Österreich noch in Westdeutschland bekannt. Die tschechische Regierung verweigerte bei Anfragen gewöhnlich jede Auskunft.

Durch die beabsichtigte Veröffentlichung der SS- und Gau-Akten aus den Jahren 1938 bis 1945 werden zweifellos neue historisch bedeutsame Dokumente zugänglich, die geeignet sein können, manchen Aufschluß zu geben. Es wird aber noch abzuwarten sein, ob das gesamte Material durchforscht werden kann oder man sich auf jene Fragmente zu beschränken hat, die einem vorgesetzt werden.

Sühne für Kolomea und Stryj?

Unter den Überlebenden der Gettos von Kolomea und Stryj, die sich in Israel befinden, herrscht große Aufregung darüber, daß der bereits für den Herbst des vergangenen Jahres angekündigte Prozeß gegen die in Haft befindlichen Wiener Polizisten noch immer nicht angesetzt ist, die in den Jahren 1941 bis 1944 als Schupoleute in diesen beiden Ortschaften „Dienst“ gemacht haben.

Die ehemaligen jüdischen Einwohner der Stadt Kolomea haben vor kurzem eine umfangreiche Dokumentensammlung über die unvorstellbaren Greuel und Verbrechen veröffentlicht, welche von den ehemaligen Wiener Schupoleuten in Kolomea und Umgebung verübt worden sind.

Das Vorwort zur Dokumentenveröffentlichung des Verbandes lautet:

Wir klagen an!

Im Namen tausender Männer, Frauen und Kinder, die in Kolomea ermordet wurden; im Namen der im Getto zurückgebliebenen Waisen, die obdachlos herumgingen und dem Hungertode oder den Kugeln der Mörder auf den Straßen des Gettos erlagen; im Namen der Greise und kleinen Kinder, die vor Hunger, Durst und Erschöpfung in den Zügen nach Belzec ihre Seelen aushauchten; im Namen der Tausende, die nackt unter blutigen Schlägen aus ihren Betten herausgezogen und in den Tod gehetzt wurden; im Namen all der Umgekommenen, die während Fluchtversuchen erschossen wurden, klagen wir ihre Mörder an!

Möge das Gewissen der Welt auch heute — fünfzehn Jahre nach diesen barbarischen Geschehnissen — erschüttert und die Mörder zur Rechenschaft gezogen werden.

Möge ihre Strafe als Warnung für künftige Generationen dienen.“

Die Dokumentensammlung gliedert sich in fünf Abschnitte:

1. Schilderung der Verhaftung der Beschuldigten und ihrer Tätigkeit in Kolomea;
2. Augenzeugenberichte über die Aktionen im Getto Kolomea;
3. Polizeiniederschriften mit den Beschuldigten;
4. Photokopien der Polizeiniederschriften;
5. Zeugenaussagen aus Wien, München und Israel.

Ein Teil der Originaldokumente befindet sich im Archiv von Yad Waschem, der vom Israelischen Staat patronisierten Institution, die dem Gedenken der Opfer der Hitler-Barbarei 1933 bis 1945 gewidmet ist.

Aufforderung an Picasso!

Die Frankfurter Monatszeitschrift „Magnum“ legt ihrer neuesten Nummer einen Zettel bei, der mit „Aufforderung an Picasso“ überschrieben ist und der folgenden Wortlaut hat:

„Wir fordern Pablo Picasso auf, ein Bild zu malen mit dem Titel: Budapest. Jetzt hat der große spanische Maler Pablo Picasso Gelegenheit, der Reihe seiner politischen Kolossalgemälde ein neues hinzuzufügen, das den Namen »Budapest« tragen und eine Anklage gegen Terror, Unterdrückung und Völkermord darstellen soll.“

Picasso hat bekanntlich auf der Weltausstellung in Paris 1937 mit einem Bild gegen die Bombardierung der spanischen Stadt Guernica protestiert. Dieses Bild „Guernica“ ist inzwischen sehr berühmt geworden und war erst kürzlich in der Picasso-Ausstellung im Haus der Kunst in München zu sehen.

Nach der Befreiung Frankreichs im Jahre 1944 ist Picasso der KP beigetreten und hat an allen „Weltfriedenskongressen“ von 1948 bis 1951 teilgenommen. Im Jahre 1951 hat er dann wieder ein großes Bild gemalt, das die Massaker des Koreakrieges verurteilt. Es war aber nicht ganz klar, welchen der beiden Kampfbündler er damals meinte.

Dagegen ist heute kein Irrtum möglich: Picasso kann mit seinem neuen Bild „Budapest“ eindeutig Stellung beziehen gegen die Unterdrückung eines Volkes, gegen die Abschachtung Zehntausender von Freiheitskämpfern, gegen Terror und Völkermord durch eine Besatzungsarmee.

„Pablo Picasso wird aufgefordert, sich unverzüglich hinzusetzen und sein großes Talent in den Dienst der Freiheit zu stellen!“

BÜCHERECKE

„Hohes Haus in Henkers Hand“

Genosse Walter Hammer, einer der unermüdetsten Kämpfer für Demokratie und gegen jede Reaktion in der Weimarer Republik, hat ein neues Buch geschrieben, das Mahnmal und Ehrung zugleich ist. Er hat das Buch „Hohes Haus in Henkers Hand“ genannt und gibt darin, einem glühenden inneren Kampfwillen gehorchend, an Hand des Schicksals und der Leiden von 535 deutschen Abgeordneten ein erschütterndes Bild der Ära Hitlers und des Widerstandskampfes, der viel weiter verbreitet gewesen ist, als man vielleicht gemeinhin annimmt.

Das deutsche Volk im ganzen hat aus den Tagen seiner und der Welt tiefsten Erniedrigung noch längst nicht soviel gelernt, wie nötig wäre, um herauszufinden, wie tief es sich selbst erniedrigt hatte. Eines der handfestesten Beispiele ist die offenbare Unwilligkeit, genügend Geld und Zeit für die Erforschung und Darstellung von Tatbeständen aus der Hitlerzeit aufzuwenden, zum Beispiel Charakter, Intensität und Umfang des Widerstandes gegen den Hitlerterror zu zeigen... Hammers neues Buch ist ein würdiger und gerechter, weil unparteiischer Beitrag zur deutschen Geschichte. Er zeigt die Bestialität und die Raffinesse des Hitlerterrors und die Unnachgiebigkeit und die Unerschrockenheit vieler seiner Gegner aus sozialistischen, kommunistischen und bürgerlichen Schichten... Das Buch schildert Tatsachen; es ist frei von allen pathetischen Worten, aber um so stärker wird das ihm innewohnende Pathos der Mahnung an die Überlebenden: Nie wieder!

Über das Schicksal alter deutscher Parlamentarier einige Zahlen, die an sich schon Bände reden:

In die Fremde wurden getrieben	113
als Emigranten expatriert	53
Verhaftet wurden von der Gestapo	403
davon bei der „Gewitteraktion“	76
In meist jahrelange KZ-Haft gerieten	311
in Zuchthäuser und Gefängnisse	58
Ums Leben gekommen sind	186
davon wurden hingerichtet	45
in Verbindung mit dem 20. Juli 1944	11
In Konzentrationslagern starben	83

Diese Daten sind in nichts übertrieben, bleiben eher noch hinter dem faktisch Geschehenen zurück, da sich absolut Erschöpfendes heute leider schon nicht mehr feststellen läßt.

*

„Gift“

Der Arbeiter-Abstinenzbund hat eine Broschüre, „Gift“, herausgegeben, die den Untertitel „Alkohol, Nikotin, Geschlechtskrankheiten und Rauschgift“ trägt. Verfasser ist Facharzt Dr. med. Anton Rot, der es in ausgezeichneter Weise verstanden hat, die Schädigungen anschaulich darzustellen, die das Nikotin, der Alkohol und andere Rauschgifte hervorrufen.

Gerade heute ist diese Broschüre ein wertvoller Behelf, um jung und alt auf die Gefahren der Suchtgifte aufmerksam zu machen und Wege zu weisen, wie Körper und Geist gesund erhalten werden.

Es wäre besonders zu wünschen, daß diese Broschüre weiteste Verbreitung und Beachtung fände, um so mehr als der Preis nur 2 S beträgt. Bestellungen können an das Sekretariat des Arbeiter-Abstinenzbundes in Wien XV, Hackengasse 13, gerichtet werden.

WIR BITTEN jene Mitglieder, die ihren Beitrag für das Jahr 1957 noch nicht zur Gänze bezahlt haben sollten, den restlichen Betrag während der Sprechstunden in ihrer Bezirksgruppe zu erlegen

Man schreibt uns!

Wir antworten!

Die Bundesgenossen des Kadar-Regimes in Österreich

Was den Henkern der ungarischen Revolution bisher nicht gelungen ist, nämlich die ungarischen Freiheitskämpfer, die Aufständischen gegen eine reaktionäre und korrupte Diktatur, als Antisemiten, Faschisten und Reaktionäre zu stempeln, soll nun mit Hilfe des „Wiener Samstags“, des „Wiener Montags“, der „Grenzmark“ und anderer ähnlicher Presseorgane geschehen: durch Entfaltung einer judenfeindlichen Propaganda unter den in österreichischen Lagern lebenden ungarischen Flüchtlingen, mit dem Enderfolg, den Kommunisten eine Handhabe zu geben, damit sie in die Welt hinausschreien können: „Seht sie euch an, das sind jene, welche die Revolution in Budapest gemacht haben — die Faschisten und Antisemiten.“

Wenn man den Artikel „Flüchtlinge“, der im „Wiener Samstag“ vom 26. Jänner 1957 erschienen ist, liest, wenn man das Jännerheft der „Grenzmark“ oder das Blättchen der ungarischen Extremisten „Hidfö“ zur Hand nimmt, dann sieht man klar, wie und was gespielt wird. Diesen drei Presseerzeugnissen geht es darum, Stimmung gegen die Juden im allgemeinen und gegen die jüdischen Ungarnflüchtlinge im besonderen zu schaffen. Daß sie dadurch dem Regime Kadar — der neuen, im Aufbau befindlichen blutigen Diktatur in Ungarn — einen überaus wertvollen Dienst erweisen, läßt all die sogenannten „antikommunistischen“ Vorkämpfer völlig kalt.

Wie zuverlässige Berichte aus Ungarn besagen, bemühte sich die gegenwärtige ungarische Regierung noch vor kurzer Zeit vergeblich, von den im Lande verbliebenen Juden Zeugenaussagen zu erlangen, wonach während der ungarischen Revolution antisemitische Exzesse stattgefunden haben. Solche Erklärungen konnten die ungarischen Juden nicht abgeben, weil es tatsächlich im Verlaufe der Revolutionstage in keinem einzigen Fall zu antisemitischen Ausschreitungen gekommen ist.

Was in Budapest nicht geglückt ist, soll jetzt in Österreich gelingen! Es mußte erst die antisemitische Saat aufgehen, welche von der „Hidfö“, der superreaktionären und faschistischen Zeitschrift der ungarischen „Alt-Flüchtlinge“, gesät wurde. Die alten ungarischen Emigranten in Österreich mußten wohl erst über ihre Organisationen „Kontakt“ mit den „Neu-Flüchtlingen“ aufgenommen haben, um sie entsprechend antisemitisch umzuschulen, bis es tatsächlich innerhalb des Lagers Siezenheim zu Ausschreitungen kam. Zur Ehre der ungarischen Flüchtlinge sei jedoch festgehalten, daß sich die Exzesse in Siezenheim sozusagen innerhalb des rein ungarischen Lagers abgespielt haben, und zwar zwischen Antisemiten und deren Gegnern, die für die Wahrheit und für die Juden beziehungsweise zum Schutz der Juden eingetreten sind.

Wenn man den eingangs angeführten Artikel des „Wiener Samstags“ liest, sieht man klar: Unsere einheimischen (österreichischen) Antisemiten haben ein Interesse, eine tiefe Kluft innerhalb der ungarischen Flüchtlinge zu schaffen, indem sie mehr oder minder deutlich auf eine angeblich bessere materielle Stellung der jüdischen Flüchtlinge hinweisen oder auch auf die Tatsache, daß jüdische Fürsorgeorganisationen in dem einen oder anderen Fall hilfsbereiter sind.

Eine Analyse der personellen Struktur der Flüchtlinge aus Ungarn zeigt einen Querschnitt durch die

gesamte ungarische Bevölkerung: Arbeiter, Bauern und — nennen wir sie „städtische“ Bevölkerung*). Die jüdischen Ungarnflüchtlinge sind in allen drei Schichten vertreten, wobei es jedoch klar ist, daß ihr Anteil an der „städtischen“ Schicht größer ist.

Nun ist es weiter allgemein bekannt, daß in gewissem Sinne Angehörige der Stadtbevölkerung bei einer Flucht oder Emigration bessere Anfangsmöglichkeiten haben als beispielsweise Angehörige der bäuerlichen Bevölkerung. Sie besitzen mehr Verwandte und Freunde im Ausland, mit denen sie Kontakt aufnehmen können. Ist eine solche Verbindung hergestellt, dann bringt sie materielle Hilfe verschiedener Art und eine raschere Möglichkeit zur Auswanderung. Diese natürlichen Tatsachen werden den jüdischen Flüchtlingen nun von Antisemiten aller Couleurs zum Vorwurf gemacht, indem man eine gewisse Privilegierung der jüdischen Flüchtlinge zu konstruieren versucht, nur mit der Absicht, die anderen Flüchtlinge gegen die jüdischen aufzuwiegeln.

Jene, die so gerne angeben, für Freiheit, Demokratie, für die freie Welt, die westlichen Ideale und die christlich-abendländische Kultur zu arbeiten und zu kämpfen, werden mit der Zeit — vielleicht zu spät — die Feststellung machen müssen, daß sie in Wirklichkeit im Interesse jener tätig waren, die in Ungarn die Freiheit erwürgen.

Aus dem Wiener Landesverband Die Bezirke berichten:

Innere Stadt

Jahresversammlung. Die Jahresversammlung fand am 27. Februar um 19 Uhr statt. Den Vorsitz führte Genosse Heinrich Fischer. Zuerst gedachte die Versammlung der Toten, die die Bezirksgruppe im vergangenen Jahr zu beklagen hatte. Dann wurde in die Tagesordnung eingegangen.

Das vorbereitende Wahlkomitee wurde aktiviert und die Berichte wurden gebracht. Die Kontrolle beantragte die Entlastung des scheidenden Ausschusses, was einstimmig angenommen wurde.

Genosse Heidl hielt ein Referat über die Erfolge des Bundes, worauf eine interessante Diskussion folgte.

*) Also jener Bevölkerungsteil, der vor der Errichtung des kommunistischen Regimes in Ungarn zur bürgerlichen Mittelklasse gezählt werden konnte.



Genossen und Genossinnen, Kameraden aus den Konzentrationslagern und Gefängnissen, Freiheitskämpfer!

Arbeitet daher mit, schickt Beiträge, schreibt unserer Redaktion und denkt immer daran:

**„Der sozialistische Kämpfer“
ist eure Zeitung!**

Hernach wurde vom Vorsitzenden die Wahl durchgeführt. Folgende Genossen wurden einstimmig gewählt:

1. Obmann: Genosse Heinrich Fischer;
2. Obmann: Genosse Emil Osterseher;
1. Kassier: Genosse Otto Konrad;
2. Kassier: Genosse Leo Weiß;
- Schriftführer: Genosse David Wonsch;
- Kontrolle: Die Genossen Hans Bruegl und Jonny Moser;
- Karteiführer und Opferfürsorgereferent: Genosse Heinrich Fischer.

Delegierte zur Bundes- und Landeshauptversammlung: Die Genossen Heinrich Fischer und Hans Bruegl. Delegierte zur Bundeshauptversammlung: Die Genossin Hermine Krell und Genosse Emil Osterseher. Delegierte zur Bezirkskonferenz der SPÖ: Die Genossen Otto Konrad und Hans Bruegl. Delegierte zum Bezirksausschuß der SPÖ: Genosse Leo Weiß.

Genosse Fischer dankte für das ihm anlässlich seiner Wiederwahl bewiesene Vertrauen und schloß um 21.15 Uhr die Versammlung.

Leopoldstadt

Jahresversammlung. Die Jahresversammlung fand am 11. Februar 1957 um 19 Uhr im Parteiheim, II, Taborstraße Nr. 25 a, statt.

Vor der Eröffnung hielt Genosse Hikker eine Trauerkundgebung für 18 Genossen, unter denen er den Genossen Körner und Genossin Erber hervorhob. Die Versammelten erhoben sich von ihren Sitzen und hielten eine Trauerminute ab. Genosse Hikker schlug folgende Tagesordnung vor:

1. Berichte.
2. Neuwahlen.
3. Allfälliges.
4. Referat.

Der Vorschlag wurde einstimmig angenommen. Für das Wahlkomitee wurden die Genossen Wilhelm und Johann Schmid und die Genossin Martha Pleyl vorgeschlagen (einstimmig angenommen).

Genosse Coudek brachte den Bericht. Es wurden 48 Sprechstunden mit durchschnittlich 5 Genossen durchgeführt; 2 Versammlungen, 5 Obmännerversammlungen und 5 Bezirksleitungssitzungen wurden abgehalten. Am 28. April 1956 kamen die deutschen Freiheitskämpfer nach Wien; sie wurden von uns auf dem Bahnhof erwartet und bei Genossen des Bezirkes einquartiert. Am Abend gab es eine Feier, bei der das Frauenkomitee einen Imbiß überreichte. Am 1. Mai nahmen die Gäste an unserer Feier teil. Am 2. Mai fand die Fahrt nach Mauthausen statt, an der auch 18 Genossen des Bezirkes teilnahmen. Bei dieser Gelegenheit dankte Genosse Coudek den Frauen für den Empfang der Gäste.

Im Anschluß brachte er den Kassenbericht. Genosse Ernst Kohn brachte den Bericht der Kontrolle und beantragte die

Entlastung des Ausschusses und des Kassiers. (Einstimmig angenommen.)

Der Obmann des Wahlkomitees brachte folgenden Vorschlag:

1. Obmann: Genosse Fritz Condeck;
2. Obmann: Genosse Heinrich Hikker;
1. Kassier: Genosse Fritz Müller;
2. Kassier: Genosse Otto Konrad;
1. Schriftführer: Genossin Elisabeth Strudl;
2. Schriftführer: Genossin Paula Sofka;
- Kontrolle: Die Genossen Stanislaus Kriss und Ernst Kohn;
- Beisitzer: Genosse Hubert Hladej;
- Delegierte für die Hauptversammlung: Genossin Elisabeth Strudl und die Genossen Fritz Condek, Heinrich Hikker und Fritz Müller;
- Delegierte zur Bezirkskonferenz der SPÖ: Genossin Elisabeth Strudl und Genosse Heinrich Hikker;
- Delegierter zum Bezirksausschuß der SPÖ: Genosse Heinrich Hikker.

Der Wahlvorschlag wurde einstimmig angenommen.

Dann folgte das Referat des Genossen Karl Hans Sailer. Er führte aus, daß der Sozialismus für das Bürgertum zu stark wurde und es, um ihn zu stürzen, zu den Waffen griff. Die Tendenz war durch den Faschismus in Italien und Deutschland herbeigeführt. Der Unterschied lag nur in der Macht. Aber der Sozialismus ist durch den Faschismus nicht gestorben: Im Jahre 1945 war der Sozialismus wieder neu entstanden.

Nach dem durch lebhaften Beifall bedankten Vortrag wurde der Film „Ninotchka“ aufgeführt.

Landstraße

Jahresversammlung. Die Bezirksgruppe Landstraße hat am 6. März 1957 die Jahresversammlung abgehalten. Genosse Adelpoller gedachte in einer Trauerminute der beiden Freiheitskämpfer Genossen Josef Zwettler und Edmund Musil, die im Berichtsjahr verstorben sind.

Den Tätigkeitsbericht brachte der geschäftsführende Obmann. Die Hauptarbeit fiel dem Opferreferat zu; jeden Freitag hatte die Opferreferentin und jeden ersten Dienstag im Monat der Kassier die Sprechstunden abgehalten. Nach dem Bericht des Kassiers und der Kontrolle erstattete der Obmann des Wahlkomitees Genosse Kindl den Wahlvorschlag.

1. Obmann: Genosse Franz Adelpoller;
- Geschäftsführender Obmann: Genossin Barbara Werner;
- Kassier: Genosse Richard Werner;
- Schriftführer: Genosse Otto Kopetzky;
- Opferreferentin: Genossin Frieda Nödl;
- Rassenverfolgte: Genosse Julius Latzer;
- Kontrolle: Genossin Hermine Truttmann und Genosse Georg Rossak.

Die vorgeschlagenen Genossen wurden einstimmig in den neuen Ausschuß gewählt.

Im Referat sprach Genossin Frieda Nödl über die 11. Novelle zum Opferfürsorgegesetz. Sie erläuterte die Bestimmungen zum Hilfsfondsgesetz und streifte das NS-Amnestiegesetz, das ja gerade für uns Freiheitskämpfer besonders schwer verständlich ist.

Mit dem Hinweis, welche Aufgaben die Freiheitskämpfer haben, damit wir bei der Bundespräsidentenwahl siegreich hervorgehen, schloß Genossin Nödl ihre Ausführungen. Diese wurden von der Versammlung mit lautem Beifall bedacht.

Genosse Adelpoller beendete um 21.30 Uhr mit unserem Gruß „Freundschaft!“ die Versammlung.

Wieden

Jahresversammlung. Am 25. Februar 1957 fand um 19.30 Uhr unsere diesjährige Jahresversammlung statt. Trotz des schlechten Wetters hatten es sich die Genossinnen und Genossen nicht nehmen lassen, an der Versammlung teilzunehmen. Nach dem Bericht des Obmannes, der über den Stand der Wiedergutmachungsverhandlungen und die Opferfürsorgegesetzgebung berichtete und auch den Bericht des verhinderten Kassiers brachte, wurden nachstehende Genossinnen und Genossen in den neuen Ausschuß gewählt:

1. Obmann: Genosse Paul Bernstein;
2. Obmann: Genosse Ludwig Heitler;
- Kassier: Genosse Franz Marksz;
- Katasterführer: Genosse Johann Bründler;
- Beisitzer: Genossin Steffi Fahn und Genosse Josef Täuber;
- Kontrolle: Die Genossen Erwin Aust und Rudolf Beacco.

Delegierte für die Jahreshauptversammlung: Die Genossen Paul Bernstein, Ludwig Heitler, Franz Marksz und Josef Täuber.

Anschließend hielt Genosse Otto Tobola ein ausgezeichnetes Referat über die Bundespräsidentenwahl, das mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde. Gemeinderat Genosse Windisch überbrachte die Grüße der Bezirksorganisation der SPÖ und wünschte unseren Genossinnen und Genossen auch weiterhin ein erfolgreiches Wirken zum Vorbild für die Jugend.

Die Versammlung wurde um 21 Uhr beendet.

Meidling

Jahresversammlung. Die Bezirksgruppe Meidling hielt am Freitag, dem 15. Februar 1957, ihre Jahresversammlung ab, bei der die Genossin Rudolfine Muhr ein sehr lebendiges Referat über aktuelle Tagesfragen hielt. Die Bezirksgruppe veranstaltete im Berichtsjahr 4 Kinovorstellungen, und in 48 Sprechstunden holten sich 35 Mitglieder Rat und Auskunft.

Bei der Neuwahl des Ausschusses wurden gewählt:

1. Obmann: Genosse Johann Cäsar;
2. Obmann: Genossin Helene Gabriel;
- Kassier: Genosse Anton Kräuter;

Arbeiter! Angestellte!

Entlehnt Bücher der Betriebsbüchereien!

Betriebsrat!

Sorge für den Ausbau der Betriebsbücherei!

Die Betriebsbüchereien
werden betreut durch die

Reise- u. Versandbuchhandlung

des

**Österreichischen
Gewerkschaftsbundes**

Wien I, Hohenstaufengasse 10

und durch die

Kammern für Arbeiter und Angestellte

Schriftführer: Genosse Karl Swoboda;
Kontrolle: Die Genossen Paul Grabatsch und Franz Malek.
Delegierte zur Landeshauptversammlung: Die Genossin Helene Gabriel und die Genossen Johann Cäsar, Anton Kräuter, Karl Swoboda, Paul Grabatsch und Franz Malek.
Delegierte zur Bundeshauptversammlung: Die Genossin Helene Gabriel und die Genossen Johann Cäsar, Anton Kräuter und Karl Swoboda.

Nach der Wahl dankte Genosse Johann Cäsar namens des wiedergewählten Ausschusses für das zum Ausdruck gebrachte Vertrauen und schloß mit „Freundschaft!“ die Versammlung.

Rudolfsheim-Fünfhaus

Jahresversammlung. Am Donnerstag, dem 7. März 1957, fand um 19 Uhr im Arbeiterheim, Wien XV, Hackengasse 13, die Jahresversammlung der Bezirksgruppe statt. Nach dem Bericht des Obmannes, der ohne Debatte zur Kenntnis genommen wurde, erfolgte die Neuwahl des Bezirksgruppenausschusses. Genosse Kuhn als Obmann des Wahlkomitees erstattete den Wahlvorschlag. Der abtretende Bezirksgruppenausschuß wurde in seiner Gesamtheit einstimmig wiedergewählt.

Als Referent zur Jahreshauptversammlung war Genosse Robert Blau vom Bundesvorstand erschienen. Er hielt ein äußerst beifällig aufgenommenes Referat über das Opferfürsorgegesetz und andere aktuelle Fragen der Freiheitskämpfer. Anschließend folgte eine lebhaft debattierte. Der Referent nahm im Schlußwort zu allen in der Debatte aufgeworfenen Fragen Stellung und forderte die Teilnehmer der Jahresversammlung auf, alle Kraft einzusetzen, damit im kommenden Wahlkampf zur Bundespräsidentenwahl neuerlich ein Sozialist Bundespräsident von Österreich werde.

*

Wir teilen mit, daß unsere Sprechstunden nunmehr an jedem ersten Mittwoch im Monat von 17 bis 19 Uhr stattfinden.

Mitgliedsbeiträge können täglich im Bezirkssekretariat während der normalen Bürozeiten bezahlt werden.

Döbling

Karl Kahay †. Unser Genosse Kahay ist am 4. Jänner 1957 im 66. Lebensjahr plötzlich verschieden. Er gehörte zu den eifrigsten und überzeugungstreuesten Mitgliedern des Republikanischen Schutzbundes, der in den kritischen Tagen und auch späterhin stets seinen Mann gestellt hat. Sein Leichnam ist am 11. Jänner den Flammen übergeben worden.

Genosse Krenn hielt einen warmen Nachruf, in dem er nochmals unseres lieben Genossen gedachte; wir werden ihm ein treues Andenken bewahren.

Brigittenau

Jahresversammlung. Die Bezirksgruppe Brigittenau hielt am 12. März im Arbeiterheim des Bezirkes die Jahreshauptversammlung ab.

Als Gastreferent war Genosse Otto Gratzl erschienen, der einen Vortrag über politische Tagesfragen sowie über die bevorstehende Bundespräsidentenwahl hielt. Das Referat des Genossen Otto Gratzl wurde ohne Diskussion zur Kenntnis genommen. Als Gast hatten wir in unserer Versammlung den Genossen Franz Koplitzka begrüßt, den Bezirksvorsteher unseres Bezirkes.

Nach dem Referat wurden die Filme „Volkshilfe hilft Ungarn“ sowie „Denn sie töten den Geist nicht, Ihr Brüder!“ vorgeführt. Die anwesenden Genossen waren von den Filmen sehr beeindruckt. Der bisherige Obmann, Genosse Kovacs, ist in einen anderen Bezirk übersiedelt. Als neue Ausschußmitglieder wurden gewählt:

Geschäftsführender Obmann: Genosse Alois Waschek;
Kassier: Genosse Rudolf Waschek;
Kontrolle: Genosse Franz Oberdammer.
Alle anderen Funktionen sind unverändert.

Floridsdorf

Stefan Watz †. Am Dienstag, dem 19. Februar, verlor die Bezirksgruppe Floridsdorf durch einen tragischen Tod einen stets hilfsbereiten Kämpfer, den Genossen Stefan Watz.

Das Begräbnis fand Samstag, den 23. Februar, auf dem Stammersdorfer Friedhof statt. Wir werden unseren Genossen Watz niemals vergessen.

*

Alois Stockhammer †. Wieder hat der Tod eine große Lücke in unsere Bezirksgruppe Floridsdorf gerissen und einen unserer besten Vertrauensmänner, den Genossen Alois Stockhammer, von uns genommen. Er war ein Mitbegründer unserer Bezirksgruppe und gehörte dem Vorstand seit Beginn als Beisitzer an. Sein Wort und sein Rat hatten Geltung im Bezirksausschuß.

Genosse Stockhammer war immer der ruhende Pol bei mancher hitzigen Debatte und alle seine Anregungen waren wohlüberlegt. Die Bezirksgruppe verliert in ihm einen treuen, verlässlichen Mitarbeiter und Kampfgefährten, einen guten, hilfsbereiten Menschen, der jederzeit bereit war, sein Bestes und seine Kraft für die Idee des Sozialismus zu geben. Wir wollen in seinem Sinn weiterarbeiten und ihn niemals vergessen.

Bei der Einäscherung im Krematorium, die am Dienstag, dem 12. März, um 15 Uhr stattfand, hielt Genosse Karl Mark einen tiefempfundenen Nachruf. Bei der Beisetzung der Urne, die am Freitag, dem 15. März, um 14.15 Uhr auf dem Stammersdorfer Friedhof durchgeführt wurde, sprach Genossin Rosa Jochmann. Beide Trauerfeiern hatten eine große Beteiligung von seinen vielen Freunden und Genossen zu verzeichnen.

Jahresversammlung. Am 16. März 1957 hielt die Bezirksgruppe Floridsdorf ihre diesjährige Jahresversammlung ab. Der Bezirksobmann Genosse Karl Blei begrüßte die zahlreich erschienenen Mitglieder, insbesondere den Referenten, Genossen Franz Heigelmayr, sowie die Genossin Hedy Lehnert und den Genossen Josef Kohl, Bezirksvorsteher Genossen Ernst Theumer und den Bezirksobmann der Parteiorganisation Genossen Rudolf Hiezinger. Genossin Rosa Jochmann, die in einer Frauentagsversammlung in Braunau am Inn weilte, entschuldigte sich mit einem herzlich gehaltenen Brief an alle unsere Mitglieder und betonte darin, wie sehr es ihr leid täte, nicht unter uns weilen zu können. Sie wünschte unserer Tagung besten Erfolg.

Nach Bekanntgabe der Tagesordnung hielt Genosse Blei den verstorbenen Mitgliedern der Bezirksgruppe, Magdalene Kozak, Heinrich Glaser, Franz Hantner, Franz Mayer, Karl Jaßniger und Ernst Kariger, einen tiefempfundenen Nachruf und gelobte, ihrer niemals zu vergessen. Anschließend gedachte Genosse Blei des am 5. März 1957 verstorbenen Genossen Alois Stockhammer und betonte, daß die Bezirksgruppe Floridsdorf durch seinen Tod einen großen Verlust erlitten habe. Genosse Stockhammer ist im Bezirksausschuß als Mitarbeiter tätig gewesen.

Dem Bürgermeister Genossen Franz Jonas und allen anderen Genossen unserer Bezirksgruppe, die sich derzeit in Spitalspflege befinden, entbot die Versammlung die herzlichsten Grüße und wünschte ihnen baldige Genesung.

Zum 1. Punkt unserer Tagesordnung ergriff der Schriftführer Genosse Franz Rechovsky das Wort. Er verlas das Protokoll der letzten Jahresversammlung, das von den Mitgliedern unverändert zur Kenntnis genommen wurde.

Darauf erstattete der Obmann Genosse Blei den Tätigkeitsbericht über das abgelaufene Jahr; besonders hob er den letzten Beschluß des Bezirksausschusses hervor, für unsere Mitglieder am 16. Mai 1957 eine Autofahrt „Rund um den Schneeberg“ durchzuführen. Der Fahrpreis für Mitglieder beträgt pro Person 20 S, für Gäste 35 S. Die Anmeldungen (und die Einzahlung des Betrages) müssen bis längstens 6. Mai 1957 durchgeführt sein. Anschließend brachte Genosse Karl Bübl den Kassen- und Katasterbericht.

Nach dem Bericht der Kontrolle stellte Genosse Rudolf Sturm den Antrag, dem scheidenden Ausschuß die Entlastung zu erteilen.

Dann wurden folgende Genossen in das Wahlkomitee vorgeschlagen und gewählt: Anna Schmidt, Josef Hessel und Franz Pokoy.

Nun folgte als 4. Punkt der Tagesordnung das Referat des Genossen Heigelmayr. Er sprach über die 11. Novelle des Opferfürsorgegesetzes, die im Parlament beschlossen werden wird, und zerpflückte die einzelnen Punkte in sachlicher und leichtverständlicher Art. Besonders hob er die Auswirkung des NS-Amnestiegesetzes hervor, wobei die Rückstellung der Wohnungen und der Möbel eine große Rolle spielen. Weiter sprach er über die kommende Bundespräsidentenwahl und betonte, daß wir Sozialisten alles daran setzen müssen, unseren Kandidaten, den Genossen Adolf

WOHIN

Sie sich wegen Ihrer Versicherung wenden sollen?
Rufen Sie uns, wir werden Ihnen bestens dienen. Wiener Städtische Versicherung, Wien I, Ringturm, und überall in Österreich

Schärf, durchzubringen. Er ist der einzige Mann, der das österreichische Volk gerecht vertreten würde. Die Ausführungen des Genossen Heigelmayr wurden mit großem Beifall zur Kenntnis genommen. Genosse Blei dankte im Namen der Versammlung für die aufklärenden Worte.

Hierauf brachte Genosse Pokoy als Obmann des Wahlkomitees den Wahlvorschlag für den neuen Vorstand, der von der Jahresversammlung einstimmig angenommen wurde. Es wurden folgende Genossen gewählt:

1. Obmann: Genosse Karl Blei;
2. Obmann: Genosse Viktor Marsal;
1. Kassier: Genosse Karl Bübl;
2. Kassier: Genosse Richard Grohs;
1. Schriftführer: Genosse Franz Rechovsky;
2. Schriftführer: Genosse Viktor Marsal;
- Opferfürsorgereferat: Genosse Karl Blei;
- Beisitzer: Die Genossen Heinrich Litschauer und Karl Meidlinger;
- Kontrolle: Die Genossin Barbara Berthold und die Genossen Rudolf Sturm und Ferdinand Huschka.

Genosse Blei dankte sodann für das durch die Wiederwahl ausgesprochene Vertrauen und gelobte, auch weiterhin seine ganze Kraft für die Interessen der Freiheitskämpfer einzusetzen.

Als Delegierte zur Landes- und Bundeshauptversammlung am 23. März 1957 wurden die Genossen Blei, Marsal, Rechovsky, Kohl, Paul, Huschka, Sturm, Simar, Brazdovic, Gux, Pokoy und Berthold gewählt.

Die Jahresversammlung wurde mit dem „Lied der Arbeit“ abgeschlossen. Anschließend fand ein gemütliches Beisammensein der Mitglieder statt. Das Programm wurde von einem Schrammelquartett und zwei Gesangshumoristen durchgeführt; es fand lebhaften Anklang bei den Genossen und trug viel zu einer guten Stimmung bei.

Aus den Landesorganisationen

Salzburg

Landeshauptversammlung. Die Hauptversammlung der Landesorganisation Salzburg des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus fand am 1. Dezember 1956 statt.

Die Versammlung, bei der auch die Genossen Bürgermeister Pacher, Landesrat Kaut und Nationalrat Voithofer anwesend waren, nahm einen lebhaften Verlauf, da über die Frage diskutiert wurde, ob es einen Sinn habe, unter den gegenwärtigen Umständen und der in der Partei herrschenden Struktur, die Angelegenheiten der politisch Verfolgten in einem Verband weiterzuführen oder ob es nicht besser wäre, die Betreuung der Mitglieder ausschließlich der Partei zu überlassen.

Die Genossin Muhr (Bundesvorstand) nahm in ihrem Referat zu dieser von den Salzburger Freiheitskämpfern aufgeworfenen Frage Stellung und führte aus: „Der Mitgliederstand unseres Bundes wird von Jahr zu Jahr kleiner. Das ist eine natürliche Erscheinung, denn bekanntlich ist die Sterblichkeit gerade unter den Opfern der faschistischen Tyrannei sehr groß, und neue Freiheitskämpfer können gegenwärtig — seien wir darüber nicht böse — nicht die Mitgliederzahl unseres Bundes vergrößern. Selbstverständlich besteht die Notwendigkeit, den Bund weiter aufrechtzuerhalten. In Not und Gefahr zusammengeschlossen, haben wir die Pflicht, auch weiterhin für die Rechte der Opfer und der Hinterbliebenen zu sorgen. Über die Forderungen der politisch Verfolgten wird wenig verlautet. Dessenungeachtet steht aber der Bund in ständiger Verbindung mit den sozialistischen Nationalräten, um das möglichste für die Opfer zu erreichen. Die Forderung nach Wiedergutmachung ist ein schwieriges Problem, da der österreichische Staat nicht Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches ist. Auch deswegen ist es eine Notwendigkeit, den Bund weiter aufrechtzuerhalten, weil sonst niemand hier wäre, der die Interessen der politisch Verfolgten vertreten könnte.“

ARBEITERBANK

AKTIENGESELLSCHAFT WIEN

Prompte und gediegene Durchführung aller bankmäßigen Geschäfte :: Entgegennahme von Spareinlagen gegen Verzinsung :: Finanzielle Beratung

Wien I, Seitzergasse 2-4

Telephon: R 50 540 Serie

Zweigstelle Wienzeile: Wien IV, Rechte Wienzeile 37
Telephon B 26 0 91

Filialen:

Graz: Annenstraße 24, Telephon 3363, 7559
Linz: Weingarishofstraße 3, Telephon 27 8 78
Klagenfurt: Bahnhofstraße 44, Telephon 4822

Unsere Aufgabe muß es sein, uns um die Fahne des Sozialismus zu scharen, damit wir das Vermächtnis unserer Brüder erfüllen können.“

In der Debatte sprach unter anderen Genosse Holzinger, der bemängelte, daß unserem Bund oft nicht das Augenmerk zugewendet werde, das er verdiene. Selbst sozialistische Direktoren der Sozialversicherung wollen von den Freiheitskämpfern nicht allzuviel wissen. Genosse Voithofer sprach über die Struktur in der Partei, wobei er wieder auf die Geduld hinwies, die wir aufwenden müssen, um die in anderen Reihen tätig gewesenen Menschen für unsere Sache zu gewinnen. Er forderte die Anwesenden auf, der Partei so wie bisher weiterhin die Treue zu bewahren; es gebe oft gewisse Schwierigkeiten im Partelleben, aber dies entspringt der heutigen Zeit, denn manche der Parteifunktionäre kennen den Sozialismus nur aus Büchern und nicht vom praktischen Leben her.

Genosse Seifried wies auf einen Artikel im „Kämpfer“ vom November 1956* hin, wonach der Salzburger Landtag einstimmig beschlossen habe, für heimkehrende, ehemals belastete NS-Mitglieder, bei der Bundesregierung in Wien eine Amnestie zu erwirken. Er ersuchte um Aufklärung von den sozialistischen Genossen im Salzburger Landtag.

Im Schlußwort hob Genossin Muhr hervor, daß sie sich kurz fassen könne, denn sie kenne die Schwierigkeiten des Bundes. Die Zeit des Kampfes ist vorüber, und wir sind eine Minderheit, die immer kleiner wird. Aber der Bestand unseres Bundes und sein Gewicht bei Entscheidungen wirkt sich immer wieder aus.

Bei der nachfolgenden Wahl wurden folgende Genossen einstimmig wiedergewählt:

1. Obmann: Genosse Ferdinand Putz.
2. Obmann: Genosse Josef Cerny.
1. Schriftführer: Genosse Josef Holzinger.
2. Schriftführer: Genosse Anton Huber.
1. Kassier: Anton Neudorfer, Salzburg, Südtiroler Platz 1/II.
2. Kassier: Genosse Otto Blattnik.
- Kontrolle: Die Genossen Otto Seifried und Franz Fritzenwanker (Saalfelden).
- Beisitzer: Genossin Maria Emhart (Bischofshofen) sowie die Genossen Franz Planer und Johann Brenneis.
- Bezirksvertrauensleute: Pinzgau: Genosse Franz Fritzenwanker (Saalfelden). — Pongau: Genosse Karl Rauter (Schwarzach). — Tennengau: Genosse Albert Mitsche (Hallein). — Gasteiner Tal: Genosse Josef Frohnwieser (Böckstein).

* Vgl. „Der Sozialistische Kämpfer“ Nr. 11, November 1956, Seite 6.

Namenregister 1956

(Die erste Zahl bedeutet die Nummer, die zweite die Seite)

Abegg, Dr. Wilhelm 1/2/3 9	Beck, Generaloberst. 11 4	Bosch, Dr. h. c. Robert 1/2/3 9	Christ Viktor 1/2/3 11
Adler Adolf 7-10 22, 23	Bellina Antonie 4/5/6 21	Brand Rudolf 4/5/6 17	Cibulka Franz 1/2/3 11
Adler Friedrich .. 7-10 2, 9	Benavente 7-10 12	Braunthal Julius ... 4/5/6 8	Clauberg, Prof. Karl 4/5/6 17
Adler Victor 7-10 14	Benesch 4/5/6 7	Breitscheich, Dr. Rudolf 1/2/3 9, 10	Coudck Fritz 1/2/3 10
Afringhaus Erich .. 1/2/3 9	Bentsur 7-10 17	Bröckhaus 1/2/3 6	Cousteau 4/5/6 10
Aichinger Johann .. 7-10 19	Berger Paul 12 4	Bröger Karl 1/2/3 10	Daladier 7-10 2
Alphons XIII. 7-10 7	Berneck Franz 7-10 4	Brosch Karl 4/5/6 22	Dahrendorf Gustav . 1/2/3 10
Altman Max 4/5/6 22	Bernstein Paul 1/2/3 10	Brouckère Louis de 7-10 4	Degrell 12 4
Altschul Hans 1/2/3 10	Berthold Barbara .. 1/2/3 12	Bründler Johann ... 1/2/3 10	Deimling, General v. 1/2/3 10
Ansorge Franz 1/2/3 11	Bertsch Jakob 4/5/6 13	Brünnler Leopold .. 4/5/6 22	Dessauer, Prof. Dr. Friedrich 1/2/3 10
Armel Jacques 4/5/6 10	Besterreiner Wilhelm 4/5/6 23	Buck Karl 7-10 17	Deutsch Agnes 7-10 19
Arzt, Dr. Georg 1/2/3 9	Bevin Ernest 4/5/6 6, 8	Bulganin 7-10 6	Deutsch Ing. Gustav 7-10 19
Aust Erwin 1/2/3 10	Bicher Anton 4/5/6 21	Buraen, Bürgermeister 7-10 15	Deutsch Julius 1/2/3 2, 9
Azana 7-10 8	Biedermann Major. 1/2/3 4	Bübl Karl 1/2/3 12	Dietl Rudolf 11 5
Bauer Otto 1/2/3 2, 7-10 14	Biernecker Franz ... 1/2/3 4	Cäsar Johann 4/5/6 22	Dietrich Sepp 11 5
Bartak Franz 4/5/6 21	Blau Robert 4/5/6 22, 23	Chamberlain 7-10 10	Diewald 4/5/6 21
Bartunek Johann .. 4/5/6 22	Bleil Karl 1/2/3 12	Cherrière, General. 4/5/6 8	Dinstl Ludwig ... 4/5/6 21, 22
Baumberger Finni, Franz sen. und jun., Leopoldine 7-10 19	Blumberg, Dr. Erich 4/5/6 23	Chevallet Paul 4/5/6 10	Dittrich Erich 1/2/3 10
Bayer Josef 4/5/6 22	Bock Fritz 4/5/6 22	Chlamow 7-10 6	Domesly Julius 1/2/3 12
Bayle, Dr. François 4/5/6 17	Bockenmüller, Dr. Julius 1/2/3 9	Chruschtschew 4/5/6 11, 7-10 6	Dorgères 4/5/6 10
Beaco Rudolf 1/2/3 10	Bopp (Indologe) 1/2/3 6		Dorner Isidor 4/5/6 22
Beck Enrique 7-10 13			Dorner Henriette .. 4/5/6 22
			Dreyfus 7-10 2

Duverger Maurice, Prof. 4/5/6	9	Jiricek Hans	4/5/6	22	Molineus G.	4/5/6	18	Spiecker, Dr. Carl ..	1/2/3	10	
Dworschak	1/2/3	Jochmann Rosa	1/2/3	12,	Mollet Guy	7-10	14	Spinnkrug Karl	7-10	19	
Efler Karl	1/2/3	7-10	15, 16,	11	Molotow	4/5/6	6, 8	Sweet R. Paul	1/2/3	2	
Ehmer Hans	7-10	Joos Josef	1/2/3	10	Morrison Herbert ..	7-10	21	Swoboda Franz	4/5/6	22	
Eiffel Alexander ..	1/2/3	Jonas Franz	4/5/6	12,	Mörzinger	4/5/6	21, 22	Swoboda Karl	4/5/6	22	
Erber Anna	1/2/3	7-10	16	14	Mosel Emanuel	4/5/6	23	Sztydzina	4/5/6	22	
Etzel Richard	4/5/6	Kaes, Major	1/2/3	4	Moser Jonny	4/5/6	18	Szchaden Willy	4/5/6	22	
Fageth Ferdinand ..	4/5/6	Kala Josef	11	5	Moser Robert	12	5	Schärf, Dr. Adolf ..	4/5/6	7,	
Fahn Steffi	1/2/3	Kamitz, Dr.	12	2	Mosse Hilde	12	4	9, 12,	13		
Falkner Alois	4/5/6	Kanotscher Viktor..	7-10	19	Moussert	12	13	Scheidemann Philipp	1/2/3	10	
Farmer Franz	7-10	Kaps Johann	4/5/6	23	Mühlböck (Steyr) ..	4/5/6	23	Schevenels Walter ..	7-10	9	
Faust Alfred	1/2/3	Kärpel Friedrich ..	4/5/6	21	Muhr Richard	4/5/6	23	Schipany Franz	7-10	9	
Federbusch Franz ..	7-10	Karpfen Arthur	1/2/3	11	Muhr Rudolfine 1/2/3	10, 11,	15,	Schlegel A. W.	1/2/3	6	
Fegy Camilla	4/5/6	Kastner Franz und Gattin	7-10	19	7-10	15, 23		Schmid Jürg	11	2	
Fey Emil	1/2/3	7-10	23	23	Müller	1/2/3	2	Schmidt Kilian	4/5/6	22	
Fiala Karl	4/5/6	Kerl Rudolf	4/5/6	23	Müller Fritz	1/2/3	10	Schönaich, General ..	1/2/3	10	
Fiedler Rudolf	1/2/3	Keßler Sally	7-10	15	Müller Johann	1/2/3	11	Schönfeld Wilhelm ..	4/5/6	23	
Figl, Ing. Leopold ..	4/5/6	Kinder Hermine	4/5/6	22	Müller Josef	1/2/3	11	Schramayr	4/5/6	23	
Fillip Franz	4/5/6	Kirschschläger Hans	4/5/6	23	Mussolini Benito ..	1/2/3	2,	Schreiner Franz	7-10	23	
Fink, Dr. Simon	7-10	Klaus, Landeshauptmann	11	6	4/5/6	5, 7-10	9, 10	Schuch Josef	7-10	4	
Finster Josef	7-10	11	6	9	Natmeßnig Maria..	4/5/6	23	Schumacher, Dr. Kurt	1/2/3	10	
Fischer A. W.	4/5/6	Klingenbeck Walter	1/2/3	9	Nemtschitz Ernst ..	1/2/3	11	Schweighart Antonie und	Maria	1/2/3	23
Fischer Ernst	4/5/6	Kluger Franz	4/5/6	22	Neumayer Ferdinand	7-10	4	Schwinghammer Ludwig	4/5/6	23	
Fischer Heinrich ..	4/5/6	Knoll Viktor	1/2/3	11	7-10	23		Stadtbauer Josef ..	7-10	19	
Fleischmann Viktor	7-10	Kohl Josef	1/2/3	12	Neurath Anny	7-10	23	Stalin Josef	4/5/6	11	
7-10	23	7-10	23	20	Niederle Anton	4/5/6	22	Stanek Josef	7-10	19	
Franco, General 7-10	7, 8, 9,	Kohn Ernst	1/2/3	10	Nötting, Prof. Dr. Erik	1/2/3	10	Stanka Franz	7-10	4	
10, 12		Kohn Hugo	4/5/6	22	1/2/3	10		Starhemberg	1/2/3	2, 4, 11	
Franke Josef	7-10	Koktomow (russischer	Delegierter)	4/5/6	8	Nosko Hans	1/2/3	11	4/5/6	21, 23	
Friedländer Ernst ..	4/5/6	23	8	8	Novikow (russischer	Delegierter)	4/5/6	7	Stein Tassilo	4/5/6	21
Fuchs Johann	4/5/6	Konir Fritz	1/2/3	11	Ortega y Gasset	7-10	10	Steiner Alois	7-10	4	
Gabriel Helene	4/5/6	Königsecker Johann	4/5/6	23	Oswald Anton	4/5/6	23	Steiner Otto	4/5/6	21	
Gal Johann	7-10	Konrad Otto	1/2/3	10	Ötzelt	7-10	23	Steingötter, Dr. Wilhelm	7-10	23	
Gallei	7-10	Koppe Fritz	1/2/3	11	Pabst, Ing.	7-10	19	Stelling Johannes ..	1/2/3	10	
Gedye A. E. R.	1/2/3	Koppelhuber Josef	7-10	19	Palmer Josef	7-10	19	Stendebach	12	2	
Gerlach, Hellmut v.	1/2/3	7-10	19	19	Panek Karl	4/5/6	22	Stevenson William ..	11	5	
Glabatsch Paul	4/5/6	Korats Rudolf und Gattin	7-10	19	Papuschek Josef ..	7-10	23	Still Karl	1/2/3	2	
Glaser Heinrich	1/2/3	7-10	19	13	Paschinger Hubert..	7-10	23	Stockhammer Alois ..	1/2/3	12	
Glaser Julius	7-10	Körner, Dr. h. c. Theodor	4/5/6	5	Paschke Erich	7-10	15	Stolz Georg	7-10	9	
Glinz Leo	4/5/6	4/5/6	5	23	Passauer Oskar	1/2/3	11	Strasser Georg	4/5/6	19	
Goedeler	11	Kostal Ferdinand ..	7-10	23	Pavelka Franz	7-10	23	Streicher Josef	1/2/3	11	
Goldfuß Engelbert ..	4/5/6	Kovacs Emmerich ..	4/5/6	22	Payer Franz	4/5/6	12	Strigl Siegfried	4/5/6	17	
Goldberger Josef ..	7-10	Kozak Magdalena ..	7-10	23	Peron	7-10	10	Strudl Elisabeth	1/2/3	10	
Gomulka	7-10	Kramarsch .. 4/5/6	7, 7-10	2	Petaim	7-10	20	Stumvoll Franziska ..	4/5/6	23	
Goritsch Eduard	1/2/3	Kräuter Anton	4/5/6	22	Pfeifer, Prof. Hellfried	1/2/3	4	Sturm Rudolf	1/2/3	12	
Grac Zoll Franz	1/2/3	Krell Hermine	4/5/6	21	Pfriemer, Dr. Walter	1/2/3	2	Stüber, Dr.	4/5/6	19	
Grill Theodor	4/5/6	Krempler Franz	4/5/6	23	Pfundl Friedrich ..	1/2/3	11	Tarnow Fritz	1/2/3	10	
Grimm, Dr. Hans ..	4/5/6	Kriz Stanislaus	1/2/3	10	Pichler, Familie	7-10	19	Täuber Josef	1/2/3	10	
Grimme, Dr. h. c. Adolf	1/2/3	Krone, Dr. Heinrich	1/2/3	10	Pieck	7-10	10	Theumer Ernst	1/2/3	12	
10		Kronstein Alfons ..	1/2	6	Pilsudsky	7-10	4	Theurer Karl	4/5/6	22	
Grohs Richard	1/2/3	Krupp	4/5/6	10	Pilz Ferdinand	7-10	19	Thorez Maurice	4/5/6	11	
Groß Karl	7-10	Kubiczek Josef ..	4/5/6	21, 22	Pinteritsch Josef ..	7-10	23	Thyssen	4/5/6	10	
Grotewohl	7-10	Kudera Marian	12	5	Primo de Rivera ..	7-10	7, 8	Tito	7-10	6	
Grubeck Franz	1/2/3	Kühnel Michael	4/5/6	22	Planetta	7-10	14	Tixier-Vignancourt ..	4/5/6	10	
Gruber, Dr.	4/5/6	Kukul Max	7-10	16	Plasser Franz	1/2/3	8	Toynbee Arnold J. ..	4/5/6	17	
Guldand Rudolf	7-10	Kummerer Stanislaus	7-10	23	Platz Johann	4/5/6	22	Treybal	1/2/3	12	
Gulick Charles A. ..	1/2/3	7-10	23	12	Pöll Josef	7-10	4, 11	Trimmel, Ing. Rudolf	1/2/3	12	
Gunther John	1/2/3	Küttner, Dr. Erich ..	1/2/3	10	Pollak, Magister ..	7-10	19	Tschadek, Dr. Otto ..	11	6	
Gurtner Karl	4/5/6	Labek Franz 4/5/6	22, 23,	12	Poujade Pierre ..	4/5/6	9, 10,	Tschaderwenko	4/5/6	11	
Gütter Walter	12	Lange Erwin	7-10	15	12	Quartal Karl	7-10	19	Ulbricht	4/5/6	11
Haas Johann	1/2/3	Lazar Karl	1/2/3	10	Quital, Prof. Dr. Lud-	wig	4/5/6	10	Vierbucher Heinrich	1/2/3	10
Hanel Ernst	4/5/6	Lawetzky Franz	4/5/6	22	Quiroga	7-10	8	Vilfan (jugoslawischer	Delegierter) ..	4/5/6	10
Harringer Franz	4/5/6	Leber, Dr. Julius ..	1/2/3	9	Quisling	12	4	Vogel Hans	1/2/3	10	
Haubach, Dr. Theodor	1/2/3	Lebrun Maurice	4/5/6	10	Raab, Ing. Julius ..	4/5/6	9	Waditschek Hans ..	7-10	19	
10		Leer, Dr. Johann v. ..	11	5	Rackwitz Rudolf ..	7-10	19	Waldbrunner, Ing. Karl	1/2/3	6	
Heer Friedrich	1/2/3	Lehnert Hedy	1/2/3	12	Rakosi	4/5/6	11	Waschek Alois	4/5/6	22	
Hegel (Philosoph) ..	1/2/3	Leitameier Johann ..	7-10	19	Ranfll Matthias	4/5/6	23	Wasserberger Ferdinand	4/5/6	21	
Heigelmayr Franz	1/2/3	Lejeune-Jung, Dr. ..	4/5/6	9	Rauschmayer Anton	7-10	23	Weber Anton	4/5/6	3	
Hein Ernst	1/2/3	Leimner Ernst	1/2/3	10	Rebatet	4/5/6	10	Weber Bernhard	1/2/3	12	
4/5/6	22	Lenin	4/5/6	11	Rechovsky Franz ..	1/2/3	12	Wechselberg Felix ..	4/5/6	22	
Heindl Franz	7-10	Leuschner Wilhelm ..	12	4	Reichenberger, Pater	1/2/3	8	Wedenig Ferdinand	4/5/6	12, 13	
Heine Heinrich	1/2/3	Ley Robert	12	4	Reigl Rudolf	1/2/3	11	Wehr Rudolf	1/2/3	4	
Heine Salomon	1/2/3	Litschauer Heinrich	1/2/3	12	Reimer, Dr. Karl ..	7-10	16	Weigl Gustav	1/2/3	10	
Heitler Ludwig	1/2/3	Löbe Paul	1/2/3	10	Reisenbeck Wilhelm	7-10	17	Weigl Karl	7-10	4	
Hellerschmid Karl ..	7-10	Lorca Federico Garcia	7-10	12	7-10	17		Weiner Ferdinand ..	4/5/6	21	
Helmer Oskar	4/5/6	Lorca Francesco	7-10	13	Reiter Karl	7-10	23	Weiß Leo	4/5/6	21	
Henßler Fritz	1/2/3	Lotar Peter	7-10	16	Reiterer Franz	7-10	19	Wels Otto	1/2/3	10	
Herget R.	4/5/6	Lötsch Konrad	1/2/3	12	Reiterer Johann	7-10	19	Wells H. G.	7-10	4	
Heriszt Josef	7-10	Loubal Cyrill	7-10	23	Renner Johann	7-10	19	Wenger Adolf	4/5/6	23	
Herz Hans	1/2/3	Löw Margarete	7-10	23	Renner, Dr. Karl ..	1/2/3	2, 7, 8	Wernbacher Karl ..	4/5/6	23	
Hespers Theo	1/2/3	Lugmeier Franz	7-10	23	4/5/6	6, 7, 8		Werner Julius	1/2/3	11	
Hessel Josef	1/2/3	Luppe, Dr.	1/2/3	10	Resler Johann	4/5/6	22	Wessely Alois	4/5/6	13	
Heuß, Dr. Theodor ..	1/2/3	Mader Andreas	7-10	19	Rieder, Dr.	7-10	19	Wieslowski (polnischer	Delegierter) ..	4/5/6	21, 22
Hikker Heinrich	1/2/3	Manzenreiter Josef..	4/5/6	23	Riedinger Johann ..	7-10	23	Wiesner Alois	4/5/6	23	
Himmeler Heinrich ..	4/5/6	Mao Tse Tung	4/5/6	11	Rosales	7-10	12	Winterstein Richard	4/5/6	21, 22	
Hirsch (O.-Ü.)	4/5/6	Mark Karl	1/2/3	11,	Sablantig Lona	4/5/6	24	Wolf Karl	11	15	
Hirsch Josef	4/5/6	7-10	15	11	Sackmauer Viktor ..	4/5/6	21	Wurm Karl	7-10	19	
Hitler Adolf	4/5/6	Marsal Viktor	1/2/3	12	Sailer Emmerich 1/2/3	10, 11		Zachata Karl	1/2/3	11	
7-10	9, 10, 15,	Matauschek, Dr. Karl.	12	5	Salz Heinrich	4/5/6	22	Zak Josef	1/2/3	10	
11	4, 12	Matourek Anton	1/2/3	11	Sanitzer	1/2/3	5, 11	Zapotocky	4/5/6	11	
Hiadey Hubert	1/2/3	Mautner Rudolf	1/2/3	12	4/5/6	21, 23		Zark Richard	7-10	19	
Hoegner, Dr. Wilhelm	1/2/3	Mayer Franz	7-10	23	Sappl Josef	7-10	19	Zarker Leopold	7-10	19	
10		Mayr Karl, Major ..	1/2/3	9	Seeburger Josef	4/5/6	23	Zaunstöck Maria ..	1/2/3	11	
Holoubek Karl	1/2/3	Mayrleb Josef	4/5/6	23	Seidenberg Sigmund	1/2/3	11	Ziegelwagner Rudolf	7-10	23	
Holtermann Karl ..	1/2/3	Mejias Ignacio Sanches	7-10	23	Severing Carl	1/2/3	10	7-10	23		
Holzweber	7-10	7-10	23	10	Seydoux (französischer	Botschafter)	1/2/3	8	Zimmer Moses	1/2/3	10
Hubert Josef	1/2/3	Mendelbaum Elisabeth	1/2/3	10	Shirer William	1/2/3	2	Zuber Ludwig	7-10	19	
Huschka Ferdinand	1/2/3	1/2/3	10	6	Simons, Dr. Hans ..	1/2/3	10	Zucker-Schilling ..	4/5/6	11	
Husemann Friedrich	1/2/3	Metternich	1/2/3	6	Slavik, Dr.	4/5/6	19				
10		Metzlg Georg	1/2/3	12	Slovencik Hans	7-10	23				
Huß	7-10	Mierendorf, Dr. Carlo	1/2/3	10	Sofka Paul	1/2/3	10				
Illig, DDDr.	7-10	1/2/3	10	12	Sokrates	7-10	2				
Imbusch Heinrich ..	1/2/3	Mihail (XX)	4/5/6	22	Sollmann Wilhelm ..	1/2/3	10				
Iwantschitz Stefan..	7-10	Mijal (polnischer Mi-	nister)	7-10	Soucek Ernestine ..	4/5/6	22				
Jakubetz Karl	4/5/6	7-10	17	11							
Jank Anton	4/5/6	Mikojan	4/5/6	11							
Jassinger Karl	7-10	Millendorf Franziska	1/2/3	11							
Jeantet Claude	4/5/6	1/2/3	11	11							
Jellinek (XX)	4/5/6	Mistingler Leo	1/2/3	11							
Jesu	7-10	2	11	6							
Jira Franz	4/5/6	Mitas Leopold.. 7-10	4, 11	6							

V. b. b.

Wenn verzogen, bitte nachsenden oder zurück

Wir bitten alle Mitglieder, bei Wohnungswechsel die geänderten Anschriften sofort auch dem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer bekanntzugeben, damit Aussendungen und vor allem die Zeitung von den Postämtern nicht als unbestellbar zurückgeschickt werden müssen.

**Arbeiter
und Angestellte**

*sparen
für Anschaffungen und
Urlaubsreisen*

Zentralsparkasse

bei der
DER GEMEINDE WIEN

(Unter Haftung der Stadt Wien)
Wien I, Wipplingerstraße 8
34 Zweiganstalten

**Redaktionsschluß
für die nächste Nummer: 9. Juli 1957**

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Verantwortlicher Redakteur: August Jarosik. Für den Anzeigenteil verantwortlich: Friedrich Flußmann. Alle Wien I, Löwelstraße Nr. 18. Tel. 33 96 31. Druck: Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“, Wien V, Rechte Wienzeile 97.

Sprechstunden

in unseren Wiener Bezirksgruppen

- | | |
|--|---|
| 1. Werdertorgasse 9 | Mi. 17 bis 18 Uhr |
| 2. Praterstraße 25 a | Di. 16 bis 18 Uhr |
| 3. Landstraßer Hauptstraße 41 .. | Fr. 18 bis 20 Uhr |
| 4. Wiedner Hauptstraße 60 b | Mo. 18 bis 19 Uhr |
| 5. Kohlgasse 27 | Mi. 18 bis 19 Uhr |
| 6. Otto-Bauer-Gasse 9 | Do. 19 bis 20 Uhr |
| 7. Neubaugasse 25 | Do. 18 bis 19 Uhr |
| 8. Josefstädter Straße 39 | Do. 17 bis 18 Uhr |
| 9. Dreihackengasse 7 | Mi. 17 bis 19 Uhr |
| 10. Laxenburger Straße 8/10, I. .. | Di. 17 bis 19 Uhr |
| 11. Simmeringer Hauptstraße 80 .. | Jeden 2. u. 4. Mo.
18 bis 19 Uhr |
| 12. Ruckergasse 40 | Mi. 18 bis 19 Uhr |
| 13. Hietzinger Hauptstraße 22 | Di. 18 bis 20 Uhr |
| 14. Linzer Straße 297 | Fr. 17 bis 19 Uhr |
| 15. Hackengasse 13 | Jeden 1. Mi. im Mo-
nat, 17 bis 19 Uhr |
| 16. Liebhartsgasse 56 | Do. 17 bis 19 Uhr |
| 16. Zagorskigasse 6 | Do. 17.30 bis 19 Uhr |
| 17. Kalvarienberggasse 28 a, II/26 | Beitragsentrichtung und Auskünfte jederzeit |
| 18. Gentzgasse 62 | Fr. 18 bis 20 Uhr |
| 19. Billrothstraße 48 | Di. 17 bis 19 Uhr |
| 20. Raffaelgasse 11 | Do. 18.30 bis 20 Uhr |
| 21. Prager Straße 33 | Mo. 17 bis 19 Uhr |
| 22. Donauefelder Straße 259 | Mo. 18 bis 19 Uhr |
| 23. Liesing,
Breitenfurter Straße 2 | Jeden 1. u. 3. Mo.
18 bis 19 Uhr |

in unseren Fachgruppen

- Polizei:
9. Berggasse 41 Jeden 1. Do. Parterre (Hausverwaltung) ... 14 bis 16 Uhr |

in unseren Landesverbänden

Niederösterreich:

- Mödling, Bezirkssekretariat der
SPÖ, Hauptstraße 42 Jeden ersten Son- ntag im Monat von 10 bis 11 Uhr |

- St. Pölten, Bezirksleitung,
St. Pölten, Prandauerstraße 4 .. Sa. 9 bis 12 Uhr |

Burgenland:

- Eisenstadt, Bezirkssekretariat
der SPÖ, Hauptstraße 5 Tägl. 9 bis 12 Uhr |

Kärnten:

- Klagenfurt, Kammerbücherei
der Arbeiterkammer, Bahnhof-
straße 42, bei Genossin Lona
Sablatnig und Genossen Eduard
Goritschnig Tägl. außer Sa. 10 bis 12 Uhr |

Oberösterreich:

- Linz, Landstraße 36, II. Stock
Zimmer 24 Di., Mi., Do. u. Sa. von 15 bis 19 Uhr |

Steyr, Damberggasse 2 Jeden ersten und dritten Samstag im Monat von 10 bis 11 Uhr |

Salzburg:

- Sprechstunden entfallen bis auf
weiteres.

Steiermark:

- Graz, Südtiroler Platz 13,
Zimmer 17 Mi. 17 bis 19 Uhr |

Bruck a. d. Mur, Arbeiterheim,
Kirchplatz 5

Tirol:

- Innsbruck, Salurner Straße 2,
2. Stock, Zimmer 40 Tägl. außer Sa. 15 bis 18 Uhr |